# Klassenkampf

**Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg**

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monat: 6000 M., durch die Post 5000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschaft, o. Beschr. Halle-Merseburg (Gmbh) Halle Verkaufsstelle 14 Kemper 1045 1047 2251 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 400 M. für den Millimeter Höhe und Spalte 2000 M. für Reklame. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank Halle Postscheckkonto Leipzig 1069 48. Fritz Koch Halle

**Einzelpreis 250 Mark** | **Freitag, den 29. Juni 1923** | **3. Jahrgang Nr. 149**


# Triumphe des Wuchers

## Die Kapitalisten pfeifen auf die Devisenverordnung — Die gleitende Lohnskala soll den Wucher und das Elend verewigen

Berlin, 29. Juni.

**Das Reichswirtschaftsministerium bittet die Presse, die Freiverkehrskurse von Dollarschatzanweisungen nicht mehr zu veröffentlichen.**

•

Am 27. Juni ist die neue Markstützungsaktion, die diesmal noch nicht soviel Tage wie die vorige Monate dauerte, elend zusammengebrochen. Zwei Tage nach der Devisenverordnung ist der amtliche Dollarkurs von 123 000 auf 153 000 hinaufgeschnellt. Der Kurs der Dollarschatzanweisungen stieg auf über 180 000. Dieser Kurs ist aber entscheidend für den nachbörslichen Freiverkehr, der durch die „Ausführungsbestimmungen zur Devisenverordnung" für die Börsenjobber und Kapitalshyänen fast im alten Umfange wieder hergestellt worden ist. Da der „schwarze Devisenhandel" durch die Rheinlandkommission und durch die Kölner Börse, die offen gegen die Devisenverordnung rebelliert, offen unterstützt wird, so steht auch in Wahrheit der Dollarkurs auf über 180 000. Ein feines Geschäft. Die Kapitalisten kaufen in der Börse vormittags zu „amtlichen", also zu niedrigen Kursen ihre Devisen und verschachern sie dann an der „schwarzen" Börse Stunde später zu einem bedeutend höherem Kurse. Mit dem erzielten Gewinn stecken sie bald den erzielten Devisenvorrat, den die Reichsbank durch die Dollar-Anleihe bekommen hat und deren restliche 40 Millionen Goldmark einzuziehen die Reichsbank sich bemüht, ein. Die Bitte des Reichswirtschaftsministeriums, die Freiverkehrskurse nicht zu veröffentlichen, hat nur den Zweck, der Oeffentlichkeit den Zusammenbruch der Markstützung und den wahren Dollarkurs nicht bekannt werden zu lassen.

Die Börsenjobber stürzen sich auf die Effekten.

Harpener Bergbau-Aktien stiegen in drei Tagen von 2 800 000 auf 4 500 000, also für eine 1000-Mk.-Aktie ein runder und netter Gewinn von 17 Millionen Mark. Eine Kleinigkeit, für die der Arbeiter bei den heutigen Löhnen 1½ Jahr arbeiten muß. Stinnes-Aktien sind in 24 Stunden um 10 Millionen Mark gestiegen.

Auch die Agrarier haben gelernt. Sie passen ihre Preise nicht mehr der Markentwertung, nicht mehr dem Dollarstande an, sondern gehen weit darüber hinaus. Sie halten sich an die bedeutend höheren Steigerungen der Effektenbörse, deren Kurse am 27. Juni 20 Prozent höher waren als auf dem Weltmarkt. Am 25. Juni kostete Weizen an der Produktenbörse 242 000 Mk., am 27. Juni 300 000 bis 305 000 Mk. Weizenmehl schnellte vom Durchschnittspreis der letzten Tage von 600 000 auf 770 000 bis 830 000 Mk. hinauf, also ebenfalls um über 20 Prozent.

### Ein lehrreicher Vergleich

Es gibt heute in Deutschland eine große Menge verschiedener Indexberechnungen: für den Dollar, für den Großhandel, für die proletarischen Lebenshaltungskosten, für einzelne Warengruppen. Nach dem augenblicklichen Stand beträgt:

| | | |
|---|---|---|
| der Dollarindex | 35 300mal | soviel als im Frieden, |
| der Großhandelsindex (Statistisches Reichsamt) | 27 500mal | „ „ „ „ |
| Lebenshaltungskosten | 8 500mal | „ „ „ „ |
| Durchschnittslöhne (höchstens) | 7 000mal | „ „ „ „ |
| Milch | 11 500mal | „ „ „ „ |
| Margarine | 20 000mal | „ „ „ „ |
| Neue Kartoffel (mindestens | 30 000mal | „ „ „ „ |

Die Indexberechnungen sind also einfach ein Mittel, um die Lebenshaltung des Arbeitenden dauernd zu verschlechtern und die unerhörten Gewinne der Unternehmer und Spekulanten zu verschleiern. Durch die neue Preisentwicklung, die der Katastrophenhausse an der Börse auf dem Fuß folgt und, wie zum Teil das Beispiel des Berliner Produktenmarktes zeigt, über die Markentwertung weit hinausgeht, wird dieser Zustand ins Ungemessene verschärft.

### Das Heilmittel

Am 27. Juni, dem schwarzen Tag der deutschen Börse, der Tag, an dem die größten Schiebergewinne gemacht worden sind, tagte die Zentralarbeitsgemeinschaft, um über die wertbeständigen Löhne zu beraten. Die Herren sind sich nicht einig geworden. Die Unternehmer haben aber ihre Minister bereits zu offenen Erklärungen gezwungen. Der Reichsfinanzminister sowie der Reichsarbeitsminister erklärten, daß die Lösung der wertbeständigen Löhne, so wie sie die Gewerkschaften suchen, undurchführbar ist.

Eine neue Lösung? Gewiß, die Unternehmer präsentieren sie bereits. Die Forderungen der Gewerkschaften nach der Einführung fester Grundlöhne und bewegliche Teuerungszuschläge, die, wenn auch in ganz beschränktem Rahmen, eine Lohnentwicklung über den amtlichen Schwindelindex allenfalls noch zulassen würden, sollen ersetzt werden durch eine **gleitende Lohnskala**, die vollständig an den Index gebunden ist.

Also vollkommene Bindung der Arbeiterschaft an ihre jetzige elende Lage. Durch die gleitende Lohnskala wird jede Aussicht auf die Erkämpfung eines höheren Einkommens genommen, viel weniger können die Friedensreallöhne erkämpft werden.

Die Arbeiterschaft muß durch geschlossenes Handeln diese sauberen Pläne der Industriellen und ihrer Reichsminister begegnen. Die Fesseln sollen dem Proletariat enger angezogen werden, das Proletariat muß die Fesseln sprengen.

•

### Die kapitalistischen Landesverräter

Die Devisenverordnung vom vorigen Freitag ist sofort umgangen worden. Aber die Kapitalisten haben nicht nur versucht, die Devisenverordnung zu umgehen, sondern die Kölner Börse hat sich offen gegen die Devisenverordnung aufgelehnt. Prompt hat am nächsten Tage auch die Rheinland-Kommission, ermutigt durch das Verhalten der Kapitalisten, Einspruch gegen die Devisenverordnung erhoben. Die Kapitalisten sind die Helfershelfer Degouttes, das sagen nicht die Kommunisten, das erklärt das Regierungsorgan, „Die Zeit". Sie schreibt:

„Allerdings hat Herr Degoutte Helfershelfer in Deutschland gefunden. Es muß voll: Klarheit darüber geschaffen werden, daß kein rheinischer Wirtschaftsvertreter, und wenn er sich noch so mächtig dünkt, das Recht hat, der Reichsregierung zu erklären, daß er und seine Freunde die Verordnung nicht durchführen werden. Läßt sich die Reichsregierung derart auf der Nase herumtanzen, wie es hier von einem Führer der Wirtschaft in Köln versucht wird, dann geht sie ihrer Staatsautorität überhaupt verlustig. Es macht wirklich einen gar zu lächlichen Eindruck auf die innere Front, wenn man liest, daß die Menschen, die Devisen kaufen wollen, sich vor den Toren der ausländischen Banken in Köln drängen, weil ihnen der Devisenkauf bei deutschen Banken erschwert ist. Wenn wir so tief gesunken sind, daß die Dollarspekulation alles andere überwuchert, dann müßten wir die Hoffnung auf den Sieg des Ruhrkampfes und auf den Wiederaufstieg des Volkes überhaupt aufgeben. Es ist nicht wahr, daß beispielsweise, wie uns von großindustrieller Seite mitgeteilt wird, an der Hamburger Börse in den letzten Tagen englische Pfund angeboten wurden, weil man sich an der Berliner Börse so mit Devisen vollgesogen hatte, daß man zu Abgaben schreiten mußte."

Das Organ der Regierung Cuno stellt also klar und deutlich fest, daß die Kapitalisten Helfershelfer Degouttes sind, daß sie den Abwehrkampf an der Ruhr systematisch sabotieren, daß ihr persönliches materielles Interesse allen Volksinteressen vorgeht. Das Regierungsorgan hat festgestellt, daß Landesverrat vorliegt. Wir fragen den Reichsanwalt:

**Sind die Landesverratsverfahren gegen die schuldigen Kapitalisten eingeleitet? Wir fragen den Reichsanwalt, ob er gegen die des Landesverrats Verdächtigen Haftbefehle mit der gleichen Schnelligkeit wie gegen unseren Genossen Gentsch, Redakteur der „Roten Fahne", ausgestellt hat? Die Regierung Cuno, deren offizielles Organ den Landesverrat festgestellt hat, ist dafür verantwortlich, daß die notwendigen Verfahren sofort eingeleitet, die notwendigen Verhaftungen sofort vorgenommen werden!**

---

### Das Verfahren gegen Hugo Eberlein elend zusammengebrochen!

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 29. Juni.

**Das Reichsgericht gab dem Verteidiger des Genossen Hugo Eberlein, dem Justizrat Viktor Frankl recht, daß das Verfahren wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz im Zusammenhang mit andern Verbrechen, wegen mangelnder Beweise eingestellt ist.**

**Damit bricht einer der schmutzigsten Verleumdungsfeldzüge gegen die Kommunisten, der in der Hauptsache von der Sozialdemokratie seit März 1921 — also volle zwei Jahre — bis zum heutigen Tage betrieben wurde, elend zusammen. Die schamlose Hetze gegen die Kommunisten, die ihren Gipfelpunkt in der vollkommenen Rechtlosmachung kommunistischer Abgeordneter im preußischen Schandparlament gefunden haben, und die sich jetzt erst wieder in der Verfolgung durch die sich entblödende Klassenjustiz gegen die „Rote Fahne" und deren Redakteure austobt, haben kets von dem verlogenen und stinkenden Sumpf der Hörsingschen Spitzelwache gezehrt. Der Zusammenbruch dieser Staatsaktion kommt gerade zur rechten Stunde, in der abermals die Justiz sich anschickt, sich auf die Kommunisten zu stürzen.**

**Die Genossen Wundersee, Heinz, Rückheim, Ulrich und Kliemscher, sämtlich dem 6. Bezirke der Berliner Parteiorganisation angehörend, die am 3. Juni verhaftet wurden, weil sie den proletarischen Hundertschaften angehören sollen, mußten ebenfalls aus der Haft entlassen werden.**

---

### Attentat auf den Präsidenten der italienischen Kammer

(Eigene Drahtmeldung)

Rom, 28. Juni.

**In Neapel wurde am 28. Juni gegen 1 Uhr mittags der Präsident der italienischen Kammer, Pietravalle, von einem Unbekannten überfallen und durch einen Dolchstoß lebensgefährlich verletzt. Der Zustand des Präsidenten ist hoffnungslos. Pietravalle gehört der demokratischen Fraktion der Kammer an.**

# Die Lehren des Moskauer Aufstandes

Von N. Lenin

Die deutschen Faszisten haben ein Vorbild nicht nur im russischen Faszismus, sondern auch in den Schwarzhundertern und im Russland des Zarismus. Es ist deshalb wichtig zu erfahren, welche Stellung die Bolschewiki zu den Bürgerkriegsvorbereitungen der Schwarzhundertschaften in Russland einnahmen. Wir bringen deshalb diesen Aufsatz, Lenins, den wir in zwei Teilen bringen, ist der russischen Zeitung „Proletarier" Nr. 2 vom 29. August 1906 entnommen und beschäftigt sich speziell mit der Moskauer Aufstandsbewegung im Jahre 1906.

. . . Die Hauptform des Dezemberaufstandes in Moskau war ein friedlicher Streik mit Demonstrationen. Die erdrückende Mehrheit der Arbeitermassen beteiligte sich aktiv nur an diesen Formen des Kampfes. Aber gerade die Dezemberaktion in Moskau hat mit größter Klarheit bewiesen, daß der allgemeine Streik als eine selbständige und hauptsächlichste Form des Kampfes von den Ereignissen überholt ist und daß die Bewegung mit elementarer, unaufhaltbarer Kraft diese engen Rahmen übersteigt und eine höhere Form des Kampfes, den Aufstand, zustandebringt.

Alle revolutionären Parteien, alle Gewerkschaften in Moskau wußten und fühlten sogar bei der Erklärung des Streiks, daß er unvermeidlich in einen Aufstand umgewandelt werden würde. Am 6. Dezember faßte der Rat der Arbeiterdeputierten den Beschluß, „bestrebt zu sein, den Streik in einen bewaffneten Aufstand hinüberzuleiten". In Wirklichkeit waren aber alle Organisationen hierzu nicht vorbereitet, selbst der Zentralausschuß der Kampftruppen sprach (am 9. Dezember!) vom Aufstand als von irgendeiner noch weit entfernten Sache und der Straßenkampf ging zweifellos über seinen Kopf hinweg und fand ohne seine Beteiligung statt. Die Organisationen blieben hinter dem Wuchs und der Schwungkraft der Bewegung zurück.

Der Streik ist vor allem unter dem Drucke der nach dem Oktober entstandenen objektiven Bedingungen zu einem Aufstand herangewachsen. Die Regierung konnte nicht mehr durch den allgemeinen Streik überrascht werden, denn sie hatte schon eine zu militärischen Aktionen bereite Konterrevolution organisiert. Sowohl der allgemeine Gang der russischen Revolution nach dem Oktober, wie auch die Folgerichtigkeit der Ereignisse in Moskau in den Dezembertagen haben mit überraschender Genauigkeit einen der tiefsinnigen Marxschen Sätze bestätigt: „Die Revolution schreitet dadurch vorwärts, daß sie eine geschlossene und feste Konterrevolution schafft, d. h. den Feind zwingt, zu immer radikaleren Verteidigungsmaßregeln zu greifen und auf diese Weise immer mächtigere Angriffsmittel ausarbeitet."

Am 7. und 8. Oktober: friedlicher Streik, friedliche Demonstrationen der Massen. 8. abends: Belagerung des Aquariums, am 9. während des Tages: Attacken der Dragoner gegen die Menge auf dem Strastnoj-Platz; abends: Zertrümmerung des Fiedlerschen Hauses. Die Stimmung wird erregter. Die unorganisierte Menge auf den Straßen baut völlig spontan und unsicher die ersten Barrikaden.

Am 10.: Anfang der Artilleriebeschießung der Barrikaden und der Volksmenge auf den Straßen. Der Bau der Barrikaden wird nunmehr zielbewußt und ist nicht mehr vereinzelt, sondern besitzt schon zweifellos einen Massencharakter. Die gesamte Bevölkerung ist auf den Straßen; die ganze Stadt ist an ihrer wichtigsten Punkten mit einem Netz von Barrikaden besetzt. Einige Tage lang dauert ein erbitterter Guerillakampf der Kampfgruppen mit dem Militär, ein Kampf, der das Militär ermüdet und Dubasoff veranlaßt hat, um Verstärkungen zu bitten. Erst am 15. Dezember wird das Uebergewicht der Regierungstruppen ganz offenbar und am 17. zertrümmert das Semjonoff-Regiment den Rayon Presnija — die letzte Stütze des Aufstandes.

Vom Streik und den Demonstrationen zu vereinzelten Barrikaden. Von vereinzelten Barrikaden zum massenhaften Barrikadenbau und zum Straßenkampf mit den Truppen. Ueber den Kopf der Organisationen hinweg ging der proletarische Massenkampf vom Streik zum Aufstand über. Darin besteht der riesige historische Erfolg der russischen Revolution, der durch den Dezember 1905 erreicht worden ist — ein Erfolg, der, wie auch alle früheren, sehr große Opfer gekostet hat. Die Bewegung ist, vom allgemeinen politischen Streik ausgehend, auf die höchste Stufe gestiegen. Sie hat die Reaktion gezwungen, in ihrem Widerstand bis zum äußersten zu gehen und dadurch in riesigem Maße den Augenblick näher gebracht, wo auch die Revolution in der Anwendung der Angriffsmittel bis ans Ende gehen wird. Die Reaktion kann nicht mehr weiter gehen, als sie es mit der Artilleriebeschießung der Barrikaden, Häuser und der Volksmenge auf den Straßen schon getan hat. Die Revolution hingegen kann aber über die Bildung der Moskauer Kampftruppen noch weit hinausgehen, sie hat noch sehr, sehr viel Möglichkeiten, sich auszubreiten und zu vertiefen. Und die Revolution hat sich seit Dezember tatsächlich stark entwickelt. Die Grundlage der revolutionären Krise ist unvermeidlich breiter geworden, — die Scheide des Schwertes muß jetzt schärfer geschliffen werden.

Die in den objektiven Bedingungen des Kampfes eingetretene Aenderung, die den Uebergang vom Streik zum Aufstand erfordert hat, hat das Proletariat früher begriffen als seine Führer. Wie immer ist auch jetzt die Praxis der Theorie vorangegangen. Der friedliche Streik und die Demonstrationen hörten auf einmal auf, die Arbeiter zu befriedigen. Sie fragten: Was soll nun weiter ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230629-14/fragment/page=0001

scheden? — und forderten aktivere Aktionen. Die Wessung, Barrikaden zu errichten, kam in die Kanone mit riesiger Verspätung, als im Zentrum schon Barrikaden standen. Die Arbeiter machten sich in Massen an diese Arbeit, aber begnügten sich auch damit nicht, fragten: was nun weiter? — und verlangten aktive Aktionen. Wir, Führer des sozialdemokratischen Proletariats, erwiesen uns im Dezember jenem Heerführer ähnlich, der seine Regimenter in so unsinniger Weise aufstellte, daß der größere Teil der Truppen an der Schlacht nicht aktiv teilnehmen konnte. Die Aktiettermassen suchten und fanden keine Direktiven bezüglich aktiver Massenaktionen.

Somit gibt es nichts Kurzsichtigeres, als die von allen Opportunisten aufgegriffene Meinung Plechanows, daß es zwecklos wer, einen unzeitgemäßen Streik anzufangen, und daß man „nicht hätte zu den Waffen greifen sollen". Im Gegenteil: man hätte entschiedener, energischer und offensiver zu den Waffen greifen sollen, man hätte den Massen klarmachen sollen, daß bloß ein friedlicher Streik unmöglich und ein unerschrockener, unbarmherziger Kampf notwendig sei. Und jetzt müssen wir schließlich offen vor der ganzen Welt erklären, daß die großen politischen Streiks nicht genügen. Wir müssen in den breitesten Massen für einen bewaffneten Aufstand agitieren und diese Frage durch keinerlei „vorbergehende Stufen" verhüllen und keinerlei Schleier auf sie werfen. Die Notwendigkeit eines verzweifeltsten, blutigen Vernichtungskrieges, als der unmittelbaren Aufgabe der zukünftigen Aktion vor den Massen verdeutlichen, heißt, sowohl sich selbst wie das Volk zu täuschen.

Das ist die erste Lehre der Dezemberereignisse. Die zweite Lehre betrifft den Charakter des Aufstandes, die Art seiner Führung und die Bedingungen für den Uebergang der Truppen auf Seite des Volkes. Bei uns ist im rechten Flügel der Partei eine äußerst einseitige Ansicht über diesen Uebergang stark verbreitet. Es sei nicht möglich, sagen die Anhänger dieser Ansicht, gegen das heutige Militär zu kämpfen, sondern es sei notwendig, daß das Militär revolutionär werde. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Revolution nicht zu einer Revolution der Masse wird und nicht auch das Militär selbst erfaßt, keine Rede von einem ernsthaften Kampf sein kann. Natürlich ist die Arbeit unter den Truppen unumgänglich notwendig, man darf sich aber den Uebergang der Truppen nicht in der Form irgendeines einzelnen Aktes vorstellen, der das Resultat der Ueberredung einerseits und der Ueberzeugung andererseits sein wird. Der Moskauer Aufstand hat uns die Schablonenmäßigkeit und Inhaltslosigkeit dieser Ansicht handgreiflich gezeigt. Das bei jeder wahren Volksbewegung unvermeidliche Schwanken der Truppen führt bei einer Zuspitzung des revolutionären Kampfes zu einem wirklichen Kampf um das Militär. Der Moskauer Aufstand zeigt uns gerade den verzweifeltsten rasendsten Kampf der Reaktion und der Revolution um das Militär. Dubaloff selbst hat erklärt, daß von der 15 000köpfigen Moskauer Garnison nur 5000 verläßlich seien. Die Regierung hielt die Schwankenden durch die verschiedensten und verzweifeltsten Maßnahmen auf ihrer Seite durch Ueberredung, Schmeicheln, Bestechung, Verteilung von Uhren, Geld usw. Man gab den Soldaten Schnaps, man täuschte sie, schüchterte sie ein, sperrte sie in die Kasernen, entwaffnete sie und riß die am meisten für unzuverlässig gehaltenen Soldaten durch Verrat und Gewalt aus ihrer Mitte. Und wir müssen den Mut haben, ohne weiteres und offen zuzugeben, daß wir in dieser Beziehung der Regierung gegenüber zurückgeblieben sind. Wir haben es nicht verstanden, die uns zur Verfügung stehenden Kräfte für einen genau so aktiven mutigen, unternehmungslustigen und offensiven Kampf um das schwankende Militär auszunutzen, wie ihn die Regierung ununterbrochen geführt hat. Wir hatten uns zur ideologischen „Bearbeitung" des Militärs vorbereitet und werden sie mit noch größerer Beharrlichkeit weiterführen. Wir werden uns aber als kläglich Pedanten erweisen, wenn wir vergessen werden, daß im Moment des Aufstandes auch ein physischer Kampf um das Militär notwendig ist.

## Die Leipziger Betriebsräte für den gemeinsamen Selbstschutz

(Eigene Drahtmeldung)

**Leipzig, 28. Juni.**

Die Versammlung der Leipziger Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre hat folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 26. Juni im „Zentraltheater" versammelten Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre begrüßen das Vorgehen einer Anzahl Großbetriebe, die entschlossen den Weg zur Bildung der gemeinsamen Betriebsschutzformationen beschritten haben. Die Betriebsräte beschließen, sich mit aller Energie für die Durchführung des Beschlusses der betreffenden Betriebsdelegationen einzusetzen. Sie fordern alle Arbeitsbrüder auf, sofort in Belegschaftsversammlungen zu diesem Beschluß Stellung zu nehmen und sofort die gemeinsamen Hundertschaften zu bilden. Die anwesenden Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre fordern, daß die beiden Arbeiterparteien unverzüglich in Verhandlungen über die Bildung der gemeinsamen Abwehrformationen eintreten."

Die Anwesenden erwarten, daß in einer neu einzuberufenden Vollversammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre über das Ergebnis der Verhandlungen Bericht erstattet wird."

Die Belagerung der Lipinski-Burg durch die Leipziger Arbeiterschaft wird immer schärfer.

## Sozialdemokratische Arbeiter fordern proletarische Abwehrhundertschaften

(Eigene Drahtmeldung)

**Stettin, 28. Juni.**

Die Stettiner VSPD. hatte fünf öffentliche Protestversammlungen gegen Wucher und Teuerung einberufen. Unter dem tiefen Eindruck der Falsifikationtiate wurde in mehreren Versammlungen folgende Resolution angenommen:

**„Die am 25. Juni 1923 in den „Amorsälen" stattfindende Massenkundgebung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Attentaten der Faszisten. Die Anwesenden sind nicht gewillt, sich wehrlos abschlachten zu lassen. Die Versammelten erkennen, daß die einzige Rettung, die Vorstöße der bewaffneten Faszisten abzuwehren, nur die proletarischen Abwehrorganisationen sein können. Die Versammlung fordert die USPD. und die KPD. auf, sofort die Schaffung proletarischer Abwehrorganisationen einzuleiten. Desgleichen fordert sie von dem Innenminister Severing die Aufhebung des Verbots proletarischer Hundertschaften."**

•

Der Zwang der Verhältnisse und der Druck der Massen zwingt die sozialdemokratischen Führer, dem Willen der Arbeiter Konzessionen zu machen. Die KPD. wird dafür zu sorgen haben, daß es nicht bei leeren Versprechungen bleibt und gemeinsame Abwehrorganisationen gegen den Faszismus möglichst rasch gebildet werden. Severing muß gezwungen werden, das Verbot der proletarischen Hundertschaften aufzuheben.

## Der Vorstoß gegen Zeigner abgewehrt

(Eigene Drahtmeldung)

**Dresden, 28. Juni.**

Im sächsischen Landtag kam es heute zu einer Abrechnung mit den Bürgerlichen, die jedoch nur von den Kommunisten vollzogen wurde, während die USPD.-Fraktion sich ausschwieg.

**Zur Beratung standen zwei Anfragen der Deutschnationalen und Demokraten und ein Mißtrauensantrag der Deutschen Volkspartei gegen den Ministerpräsidenten Zeigner, die sich sämtlich auf einen Bericht des sozialdemokratischen „Zwickauer Volksblattes" über die von Zeigner in Niederplanitz bei Zwickau gehaltene Volksversammlungsrede stützten.**

**War der Angriff ein von den bürgerlichen Parteien geschlossen geführter, so überließ die sozialdemokratische Fraktion die Verteidigung der Position der Regierung allein den Kommunisten.** Begründung der bürgerlichen Anträge erfolgte, ergriff vor die Begründung der bürgerlichen Anträge erfolgte, ergriff Zeigner das Wort. Seine Rede gipfelte nach einigen Richtigstellungen in der Feststellung, daß der Bürgerkrieg der Faszisten drohe.

Zur Begründung des Mißtrauensantrages hielt der Volksparteiler Dr. Kaiser eine nationalistische Hetz- und wütende Pogromrede. Er verherrlichte den Faszismus und strich die staatsmännischen Eigenschaften Lipinskis heraus, der den Tagesereignissen viel objektiver gegenübergestanden habe wie die Zeigner-Regierung. Ganz besondere Besorgnis erregt bei ihm die drohende Zerlegung der sächsischen Sozialdemokratie durch das Wirken der Kommunisten und der Zeigner-Regierung. Erfreulicherweise stehe dem gegenüber die Haltung der Sozialdemokratischen Partei im Reich und in Preußen unter der weisen Führung von Ebert und Severing.

Für die Kommunisten sprach Genosse Siewert. Die Rede Zeigners in Planitz war unvollständig. Der Feststellung über die faszistische Gefahr hätten positive Angaben folgen müssen darüber, was die Regierung zur Abwehr zu tun gedenke. Ebenso habe Zeigner der Bankrotterklärung Cunos nicht die klare Parole der Schwerterfassung entgegenzustellen gewagt. Aufgabe der Kommunisten wird es sein, die Massen zu mobilisieren, ihnen klarzumachen, daß gewaltsame Auseinandersetzungen unabwendbar sein werden, da sich das gesamte Bürgertum zum blutigen Bürgerkrieg rüstet.

Die sozialdemokratische Fraktion beschränkte sich auf die Erklärung, daß sie gegen das Mißtrauensvotum stimmen werde. Sie glaubte so, um eine Klärung der zwiespältigen Stellung der VSPD. im Reiche und in Sachsen herumkommen zu können. Dieses glatte Verlagen der linken VSPD. bedeutet eine Stärkung der Lipinski-Leute und des Bürgertums und muß naturgemäß die Position der Zeigner-Regierung erschüttern.

Der Mißtrauensantrag wurde mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die Bürgerlichen abgelehnt.

## Münchener Dynamittransporte

(Eigene Drahtmeldung)

**Ohligs, 28. Juni.**

Gestern nacht 12 Uhr wurden hier auf dem Bahnhof zwei Männer verhaftet. Die beiden suchten sich mit schwerem Gepäck ab und fielen durch ihr Verhalten auf.

Auf der Wache stellte es sich heraus, daß das Gepäck drei Zentner Dynamit enthielt. Die beiden Verhafteten verweigerten zunächst jede Auskunft. Später aber gestanden sie ein, daß sie beide aus München kämen und nach Bennrad wollten.

## Das Gaukelspiel zwischen England und Frankreich

(Eigene Drahtmeldung)

**London, 29. Juni.**

Im Unterhause wurde am 28. Juni an die Regierung die Frage gerichtet, ob sie eine Antwort von der französischen Regierung auf die letzte britische Note über die Reparationen und die Ruhrbesetzung erhalten habe. Baldwin erwiderte: Er könne nicht sagen, wann man diese Antwort erwarten dürfe. Er würde jedoch froh sein, die Antwort zu erhalten.

## Aus der Partei

### Erfolge der Werbewoche

Für die „Sozialistische Republik" in Köln wurden am ersten Tage der Werbewoche in einem Distrikt 140, in einem anderen 77 neue Abonnenten gewonnen. Ein Genosse warb allein 16, eine Genossin 15 Abonnenten.

In Linz verloren die Sozialdmokraten bei den Gemeinderatswahlen drei Mandate gegen die Hakenkreuzler. Sie machen dafür — natürlich — die Komunisten verantwortlich. Nun stellt sich heraus, daß die Kommunisten ihnen vor der Wahl ein gemeinsames Vorgehen vorschlugen, das von der Sozialdemokratie als „Manöver" zurückgewiesen wurde. Wer ist nun verantwortlich?

**Es gibt in Deutschland 3162 bürgerliche Tageszeitungen mit mindestens 15 Millionen Zeitungslesern. 190 sozialdemokratische Tageszeitungen mit etwa 1½ Millionen Lesern, 32 kommunistische Tageszeitungen mit höchstens ½ Million Lesern. — Es gibt 8 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, von denen etwa 6 Millionen noch die bürgerliche Presse lesen!**

**Genosse! Willst Du, daß Deine Lage eine bessere werde, dann werbe Leser für die kommunistische Presse.**

# Diskussion über die skandinavischen Parteien

### Debatte über den Zentralismus

Genosse Ewert (Deutschland): Genosse Ström sagte, daß in nationalen Fragen die einzelnen Parteien Selbstbestimmungsrecht haben müßten. In der heutigen Zeit der Entwicklung des Imperialismus und des revolutionären Kampfes des Proletariats gibt es fast keine Fragen, die lediglich eine nationale, lokale Bedeutung haben. Eine falsche Politik in irgendeinem Lande übt ihren Einfluß weit über die Landesgrenzen hinaus und wird auch in jedem einzelnen Lande von unseren Gegnern ausgenutzt. Die KP. muß dafür sorgen, daß die Gewerkschaften den Klasseninteressen des Proletariats dienstbar gemacht werden. Auch das Schlagwort von den „ganz besonderen Verhältnissen", die der norwegischen Partei nicht erlauben, die Beschlüsse durchzuführen, kennen wir aus der Geschichte des Kampfes mit den schwankenden Elementen in der deutschen Partei. Die Verhältnisse auf dem Festlande werden immer schwieriger, ein engeres Verhältnis mit den übrigen Bruderparteien immer notwendiger, und darum ist es auch Aufgabe der skandinavischen Bruderpartei, mit uns in Deutschland und mit den übrigen Parteien ein festeres Verhältnis herzustellen. Zum Schluß weise ich noch hin auf die Erfahrungen, die die deutsche Partei mit dem Eingreifen der Exekutive in die sogenannten inneren Angelegenheiten machte. Die Exekutive hat erst in letzter Zeit in Fragen des deutschen Parteikonfliktes eine Entscheidung gefällt, die von beiden Seiten angenommen und durchgeführt wurde. Wir können jetzt bereits erklären, daß die Entscheidung der Exekutive richtig gewesen ist. Sie hat die Konsolidierung der Partei beschleunigt. Wir sind der Ansicht, daß die Internationale auf dem Wege einer stärkeren Zentralisation weiter fortschreiten muß und wir richten auch den Appell an die Delegierten der skandinavischen Parteien, in dieser Arbeit zur Schaffung eines wirklichen Generalstabs des Proletariats mitzuhelfen.

Genosse Amter (Amerika): Nur dank der entschlossenen Einmischung der Internationale wurden die beiden amerikanischen Parteien nach zweijähriger Ueberredung gezwungen, sich zu vereinigen und dem Zustand der Zwistigkeiten, der in der amerikanischen Bewegung herrschte, ward ein Ende gemacht.

Genosse Schüller (Jugendintern.): Für uns darf es keine nationalen und keine internationalen Fragen geben. Alle Fragen der einzelnen Sektionen geben auch die Internationale an. Es wäre genau so, als wenn man sagen würde, daß sich eine Parteizentrale nicht darum kümmern solle, was in einzelnen Ortsgruppen vorgeht.

Genosse Scheito (Norwegen): Für die Minderheit der norwegischen Delegation erkläre ich zu den Ausführungen des Genossen Ström über die Gefahr der Spaltung, daß unseres Erachtens eine solche Gefahr nicht besteht. Wir hoffen, daß unsere Fraktion auf den nächsten Parteitag siegen wird. Wenn aber nicht, so werden wir die Partei doch nicht verlassen.

Genosse Kuusinen (Finnland): Wir verstehen unter dem Begriff des demokratischen Zentralismus die Verbindung des Zentralismus und der proletarischen Demokratie, die Zentralisierung des Kampfes. Die Losung der Weltpartei, die durch den vierten Kongreß ausgegeben wurde, ist nicht neu, sie ist so alt wie die Kommunistische Internationale selbst. Diese Weltpartei ist noch nicht da; sie ist unser Ziel, und wir können diskutieren über Wege, wie wir am schnellsten und besten dieses Ziel erreichen, aber nicht das Ziel selbst in Frage stellen.

Genosse Hoeglund (Schweden): Wir sind und waren schon immer für den demokratischen Zentralismus. Die Frage ist nur, wie und in welchem Tempo er am besten angewendet werden soll, und wie man die Gefahr des Ueberzentralismus und der Bureaukratie vermeiden kann. Da die Verschärfung des Zentralismus solche Ansprüche an die Exekutive stellen würde, die sie nicht erfüllen kann, werden wir eine solche Verschärfung ablehnen.

Genosse Koritschoner (Oesterr.): Eine föderative Gliederung unserer Internationale würde uns kampfunfähig machen gegenüber der Konzentrierung der Kräfte, die nunmehr von opportunistischer Seite begonnen wird.

Genosse Urbani (Italien): Man hat versucht, in den italienischen Kommunisten Verbündete gegen den Zentralismus zu sehen. Nichts könnte falscher sein, denn die italienische Partei und ihr Führer Bordiga haben im Gegenteil die entschiedenste Befolgung der Beschlüsse über den Zentralismus gefordert.

Genosse Stewart (England): Jede Partei, die gegen die sog. Einmischung der Exekutive war, mußte mit der Zeit zugeben, daß diese Einmischung von wohltätiger Wirkung war.

Genosse Ström (Schweden): Wir stehen auf dem Boden des Zentralismus, aber in ganz speziellen Fragen lokaler Natur müssen wir besondere Bewegungsfreiheit haben. Es ist auch nicht richtig, daß es unsere Ansicht ist, in der Leitung der Kommunistischen Internationale säßen zu viel Russen. Ich sage: Ganz im Gegenteil! Gott sei Dank, daß die russischen Genossen so viel Einfluß in der Internationale haben.

### Bucharins Schlußwort

In der Aussprache haben die Vertreter fast aller Parteien bestätigt, daß die Exekutive, was die Einmischung in nationale Fragen betrifft, fast überall richtig gehandelt hat. Warum haben unsere skandinavischen Genossen nicht auch darüber gesprochen? Selbst wenn man sagen könnte, daß wir in Skandinavien Fehler gemacht hätten, so müssen wir doch die gesamte Bilanz ziehen. Die Aussprache hier hat bewiesen, daß die Exekutive der KI. die Bewegung des Weltproletariats im ganzen geleitet hat und das ist doch das Entscheidende.

Ich habe gewisse opportunistische Tendenzen aufgezeigt. Haben wir Argumente dagegen gehört? Die Genossen polemisieren mit dem Gespenst der Spaltung, aber wer will die Spaltung? Man wirft uns vor, wir wollten die Autorität dieses oder jenes Genossen untergraben. Gerade das Gegenteil ist wahr. Durch ihr Verhalten untergraben sich die Genossen selbst ihre Autorität.

Man hat hier viel über den Kadavergehorsam in der russischen Partei gesprochen. Ich rate unseren skandinavischen Genossen, unsere Partei ein wenig besser zu studieren. Ich weiß nicht, ob den norwegischen Genossen unsere Fabrikzellen bekannt sind. In manchen Fabriken bestehen diese Zellen nur aus 5 bis 6 Genossen, aber selbst diese kleinsten Einheiten beschäftigen sich mit allen politischen Fragen und in keiner Partei ist das Parteileben so rege wie in unserer Partei. Disziplin ist bei uns kein Kadavergehorsam, sondern die Geschlossenheit im Handeln.

Wir können nicht behaupten, daß wir nie Fehler machen, und wir sind nicht dagegen, daß man uns kritisiert, im Gegenteil, wenn man uns nachweist, daß wir einen Fehler begangen haben, dann wollen wir ihn mit Ihrer Hilfe korrigieren. Wir können hier behaupten, daß wir eine möglichst rasche Versöhnung zwischen der Exekutive und der norwegischen Partei wünschen, deshalb werden wir in der Kommission den Genossen, so weit als möglich entgegenkommen. Aber wir halten es für unsere Pflicht, jedes ernste Symptom des Abweichens vom Standpunkt der Kommunistischen Internationale zu kritisieren. Unsere Aufgabe ist es, in der Kommission das Möglichste zu tun, um nach dieser Exekutivsitzung im Kampfe gegen die Bourgeoisie gemeinsam zu marschieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230629-14/fragment/page=0002

## Die Mordhetze der bulgarischen Sozialdemokratie gegen die Kommunisten

**Die Wiener „Rote Fahne" meldet aus Sofia:** Die Stadtbourgeoisie beginnt eine wütende Hetze gegen die Kommunisten und genießt dabei die eifrige Hilfe der Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische „Narod" schreibt u. a.: „Die Kommunisten sind nur eine radikalere und verrückte Fraktion der Landwirtepartei." Damit will das Blatt sagen, daß Kommunisten noch ärger zu behandeln sind wie die gestürzten Bauernbündler.

### Franzosen rauben die Reichsbank aus

**Aachen, 29. Juni.**

Gestern vormittag wurden im Gebäude der hiesigen Reichsbankstelle die leitenden Beamten von der Besatzungsbehörde verhaftet und abgeführt. Hierauf kehrten die Beauftragten der Besatzungsbehörde zurück und nahmen aus dem Tresor der Reichsbank einen größeren Geldbetrag. Man schätzt diesen auf 600 bis 700 Millionen Mark.

### Immer neue Eisenbahnerausweisungen

Aus Duisburg wurden gestern 200 Eisenbahnerfamilien abtransportiert. Ausgewiesen wurden weiter aus Elberfeld 100 Eisenbahner mit Familie, aus Mainz, Bingerbrück, Bacherach, St. Goar und Oberlahnstein 139 Eisenbahner.

Die Bahnhöfe von Dortmund und Dorstfeld sind wegen der Besetzung stillgelegt.

**Cuno bei den Landesverrätern.** Gestern abend war Cuno bei der Mitgliederversammlung des Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes in Elberfeld, bei der eine Reihe von Vertretern von Handelskammern und industriellen Verbänden erschienen waren. Der Reichskanzler erzählte von der Bereitschaft der Wirtschaft im Abwehrkampf zusammenzustehen. Zur gleichen Zeit, als Herr Cuno diese Rede vor den rheinisch-westfälischen Industriellen hielt, schrieb in Berlin das Regierungsorgan, „Die Zeit", die heftigsten Anklagen über den Landesverrat der rheinischen Kapitalisten durch Umgehung der Devisenspekulation.

**Zur Parchimer Mordtat der Deutschvölkischen** teilt das Berliner Polizeipräsidium mit, daß die beiden in Berlin verhafteten Freunde Roßbachs, Ludwig Richter und Rudolf Bernhardi, dem Gericht zugeführt worden sind. Sie haben einem der Mordteilnehmer nach der Tat eine Unterkunft vermittelt und ihm 30 000 Mark Reisegeld gegeben. Dieser Mordteilnehmer hat das Geld im Bureau der angeblich verbotenen Deutschvölkischen Freiheitspartei, Berlin, Dessauer Straße 6, in Empfang genommen. Als Adresse in Hannover wurde ihm der Name eines Führers der Deutschvölkischen Freiheitspartei daselbst angegeben. — Der enge politische und organisatorische Zusammenhang der Mecklenburger Mörderzentrale mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei ist dabei trotz aller Ableugnungen der Graefe und Henning so gut wie erwiesen.

## Ausland

### Einladung Sowjet-Rußlands nach Lausanne

**TU. Lausanne, 27. Juni.**

Das Generalsekretariat der Orientkonferenz hat an die russische Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie zu der in nächster Zeit erfolgenden Unterzeichnung der Meerengenkonvention erscheinen und teilnehmen würde. Nach dem bisherigen Verhalten der russischen Regierung erscheint ihre Unterzeichnung der Meerengenkonvention durch sie sehr unwahrscheinlich.

### Die englischen Arbeiter gegen neue Kriegsrüstungen

**London, 28. Juni.**

Die Konferenz der Arbeiterpartei nahm eine Resolution an, in der eine Kapitalsabgabe verlangt wird, und in der die Arbeitermitglieder des Unterhauses aufgefordert werden, daß sie, wenn eine solche Kapitalsabgabe nicht zustande kommt, im Parlament dahin wirken sollen, daß bei Abschaffung von Steuern in erster Linie die Besteuerung von Lebensmitteln aufgehoben wird. Eine andere Resolution verurteilt die Vermehrung der britischen Luftmacht, die einen Rüstungswettlauf mit Frankreich bedeute und eine neue Kriegsperiode einleite. Es wird verlangt, daß Großbritannien eine internationale Konferenz zur Abschaffung der Luftrüstungen einberufe. Eine dritte Resolution bezeichnet die Ruhrunternehmung als eine kriegerische Angriffshandlung und fordert Verhandlungen oder Schiedsspruch.

## Vom Tage

**Großfeuer in Peking.** Bei dem Brande in der „Verbotenen Stadt" sind drei Paläste zerstört und viele wertvolle Kunstwerke vernichtet worden. Der Kaiser soll den ersten Alarm um Mitternacht selbst gegeben haben, aber die Wachen sollen sich zuerst geweigert haben, die Feuerwehr einzulassen, weil sie Plünderungen befürchteten. Als die Feuerwehr endlich erschien, waren bereits mehrere Gebäude zerstört. Schließlich wurde der Brand durch Niederlegung kleinerer Gebäude eingedämmt. Der Brand wird auf Kurzschluß zurückgeführt.

## Aus der Provinz

### Sitzung des Provinzialausschusses

**100 Millionen Mark für durch Unwetter geschädigte Kleinbesitzer**

In der Sitzung des Provinzialausschusses am 27. Juni wurde für den verstorbenen Provinzial-Landtags-Abgeordneten Ritterguts-besitzer Dr. Augstin-Gentha der 1. Bürgermeister von Torgau, Gödecke, als Nachfolger festgestellt. Zur Beseitigung der schweren Schäden, die im Mai durch Unwetter in den Kreisen Querfurt und Mansfeld herbeigeführt wurden, werden vom Provinzialausschuß unverzüglich 100 000 000 Mark zur Verfügung gestellt, die vorzugsweise zur Entschädigung geschädigter Kleinbesitzer sowie zur Entlastung der betroffenen Kommunalverbände dienen sollen. Wegen Beschaffung von Wiederaufbaukrediten für geschädigte Landwirte finden Verhandlungen statt. Die Verteilung des vom 36. Provinzial-Landtag durch den Haushaltplan auf 11 Milliarden Mark festgesetzten Steuerbedarfs für 1923 wird genehmigt. Als Verteilungsmaßstab ist entsprechend der ministeriellen Genehmigung zunächst das Realsteuersoll nach dem Stande vom 1. Januar 1923 zugrunde zu legen. Als Zahlungstermin werden der 15. Mai, 15. August, 15. November und 15. Februar bestimmt, mit der Maßgabe, daß diejenigen Beträge, deren Zahlungstermin bei Veröffentlichung des Verteilungsplanes bereits verstrichen ist, sofort zu zahlen sind. Die Gebührensätze, die von dem Landesarbeitsamt für die Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte erhoben werden, werden vom 1. Juli ab bei Anträgen für die Landwirtschaft auf 25 000 Mark, bei Anträgen für Industrie, Gewerbe und Hauswirtschaft auf 20 000 Mark für jede Person festgesetzt.

### Eine Blamage für die bürgerliche Justiz

war anscheinend unser am 13. Juni 1923 erschienene Aufsatz: „Eindrücke und Erlebnisse in preußischen Zuchthäusern und Gefängnissen." Reichlich anderthalb Wochen mußten wir auf die von uns sehnsüchtig erwartete Berichtigung warten, die aber nun endlich eingetroffen ist, und zwar aus Naumburg, von dem bortigen Präsidenten des Strafvollzugsamts, Dr. Steiner. Dieser schreibt uns zu unserem ausführlichen Artikel:

„Die in dem Aufsatz geschilderten Klagen decken sich inhaltlich mit den Beschwerden, die der Abgeordnete Menzel in einer Eingabe vom 26. September 1921, also vor zwei Jahren, auf Grund eines Besuches in dem Gefängnis Heiligenstadt am 20. September 1921 an die zuständige Stelle zur Nachprüfung weitergeleitet hat. Diese Nachprüfung ist umgehend erfolgt und hat die Unbegründetheit der Beschwerden dargetan. Auf eine weitere Eingabe des Abgeordneten Menzel vom 9. Juni 1922 ist erneut in eine Prüfung der vorgebrachten Beschwerden eingetreten, die sich wiederum als unberechtigt herausgestellt haben. Das Ergebnis der eingehenden Ermittelungen ist dem Abgeordneten Menzel durch Schreiben vom 18. Juli 1922 mitgeteilt worden. Bereits seit dem Jahre 1921 wird auch an Sonntagen Freistunde abgehalten. Beschwerden ähnlichen Inhalts sind bisher nicht mehr laut geworden und auch bei der letzten unvermuteten Revision von den Gefangenen nicht geäußert worden."

Gegenüber unserem reichhaltigen Material ist die Berichtigung recht dürftig. Uebrigens kennen wir solche „Richtigstellungen" zur Genüge, zum Teil sogar aus eigener Erfahrung. Gerade die Naumburger Justiz sollte etwas vorsichtiger sein. Der Gefangene hat stets unrecht und Beschwerden sind immer unbegründet. Wie kommt es aber denn nur, daß die Gefangenen der Anstalt Heiligenstadt samt und sonders dieselben Klagen über Luftmangel hatten, ohne daß sie sich gegenseitig verständigen konnten? Die Antwort ist wohl leicht zu finden. Ebenso ist es bezeichnend, daß man seinerzeit dem Genossen Landtagsabgeordneten Menzel die Besichtigung der Zellen, über die Beschwerde geführt worden war, nicht gestattet hatte. Es ist wohl leicht, Berichtigungen zu schreiben, aber schwer, wenige Gläubige davon zu überzeugen.

**Zörbig. Achtung, Parteigenossen! Wir verweisen nochmals auf das am Sonntag, dem 1. Juli in Bitterfeld stattfindende Parteifest hin. Um der Reaktion zu zeigen, daß auch das Proletariat geschlossen zusammensteht, machen wir es einen jeden Genossen zur Pflicht, sich daran zu beteiligen.**

**Zörbig. Oeffentliche Mieterversammlung.** Ueber das Thema Mieterschutz, Mieterrecht, Reichsmietengesetz und Miete April—Juni sprach am Mittwochabend im „Schützenhaus" der Genosse Langheinrich (Halle). Zu bedauern ist hier nur, daß die gesamte Mieterschaft sich nicht vollzählig in dieser Versammlung eingefunden hatte. In kurzen Zügen gab der Referent den Anwesenden Aufklärung über das Reichsmietengesetz, die hohen Wohnungsbaubagaben und die Erhöhung der Verwaltungskosten. In der anschließenden Diskussion sprach vom Haus- und Grundbesitzerverein der Tischlermeister Selle. Er schilderte die heutigen Wohnungsverhältnisse (Wohnungsnot) und wünschte eine gemeinsame Eingabe an die Regierung, um ein Gesetz zu schaffen zwecks Abschaffung der Zwangswirtschaft. Weiter sprach der Fahrradhändler Schellenberg über die örtlichen Wohnungsverhältnisse. Er mußte sich in seinen weiteren Ausführungen seitens des Versammlungsleiters Richtigstellungen gefallen lassen, da er zu wenig über das Reichsmietengesetz informiert war. Im Schlußwort streifte der Referent das schlappe Vorgehen gegen Schieber und Wucherer und das Innehaben von allzu großen Wohnungen, und besprach dann die von den Haus- und Grundbesitzern auf ihrer Tagung im September in München zu treffenden Maßnahmen betr. Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, weiter im Interesse der Mieterschutzverbände zu arbeiten.

# Der 20. Genossenschaftstag in Görlitz

**Von Karl Bittel**

Vom Mai 1903 in Dresden bis Juni 1923 in Görlitz, das sind gerade 20 Jahre „Zentralverband deutscher Konsumvereine". Zwanzig Jahre neu organisierter **proletarischer Genossenschaftsbewegung**, gegründet von den ausgeschlossenen „Roten" in Kreuznach. Zu diesem Jubiläumstag muß zunächst eines festgestellt werden: der Ausschluß in Kreuznach hätte unterbleiben können, denn der Zentralverband hat sich in diesen zwei Jahrzehnten auf den „allgemeinen" Genossenschaftsstandpunkt zurückgemausert. Mit diesem Urteil ist die gesamte zwanzigjährige Konsumgenossenschaftspolitik verurteilt!

Durch das völlige Fehlen historischer und theoretischer Kenntnisse mangelt heute auch jegliche geschichtliche Perspektive. Es sei daher an folgendes erinnert: Als 1901 eine Anzahl sächsischer Arbeiterkonsumvereine dem AV. beitreten wollten, wurde von ihnen die Unterschrift eines Revers verlangt, wonach sie „die genossenschaftliche Organisation weder mittelbar noch unmittelbar zur Verfolgung politischer Zwecke gebrauchen werden". Auf dem darauf folgenden Genossenschaftstag in Baden-Baden 1901 wurden dann Konsumvereinsleitsätze vorgelegt, die diesen Revers und ähnliche Gedanken enthielten. Crüger sagte dazu wörtlich: „Mit dem Satz in den Richtlinien **„Die Unterstützung von Klassen- und Standesorganisationen steht im Widerspruch mit den Aufgaben des Konsumvereins,** will ich zum Ausdruck bringen, daß es auch nicht zu den Aufgaben gehört, etwa als Ergänzung zur **Gewerkschaftsbewegung** zu dienen; denn wollten die Arbeiter Konsumvereine gründen, die als ein Stützpunkt der Gewerkschaftsbewegung dienen sollen, würden sie die Genossenschaft ihrem eigentlichen Zweck entfremden."

### Die Vorbereitung

Bis zum letzten Tag vor Görlitz haben sie hinter den Kulissen gearbeitet. Was sich die Delegierten hier bieten lassen, schreit zum Himmel. Der wesentlichste Tagesordnungspunkt, die **Aenderung des § 14,** wonach nur noch Verwaltungsmitglieder delegiert werden dürfen und die „einfachen" Mitglieder damit ihr Mitbestimmungsrecht abgenommen bekommen sollten, wurde den Delegierten erst in Görlitz offiziell mitgeteilt. **Vorher kein Wort in der Fachpresse!** Daß der Generalrat im April sich damit beschäftigt hatte, wurde glatt unterschlagen. Und wenn wir Kommunisten den sauberen Plan nicht vorher aufgedeckt hätten, nichts wäre davon lautbar geworden. Aber genau wie im vorigen Jahre (beim Vorstoß gegen die Betriebsratsrechte) haben wir ihnen ein gut Stück ihres Handwerkes gelegt und selbst der „Schlange" Kaufmann die Giftzähne ausgebrochen. Von **seiner geplanten großen Kommunistenhetzrede** hat er nur die Extremente ausgepackt. Was übrigens genügte.

### Das Fiasko der Wirtschafts- und Steuerpolitik

Was Kaufmann und Bästlein als Ergebnis der Jahresarbeit vortrugen, gab ein erschütterndes Bild einer Politik, die mit ebenso ungenügenden wie untauglichen Mitteln arbeitet. Der Alarmruf bestätigte sich, daß nämlich das Genossenschaftsschiff mit zerbrochenem Ruder in dem tollen wirtschaftlichen Seegang treibt. Lorenz offenbarte die unmögliche Einstellung: „Wir wünschen und hoffen, daß die Wirtschaftsverhältnisse gesunden, damit wir uns erfolgreich betätigen können!" Abwarten, statt anzugreifen, statt selber ein Stück der Kraft zu sein, die das Neue schafft und das Alte stürzt. **In den zwei Hauptfragen des vorigen Genossenschaftstages völliger Mißerfolg:** 1. Die Umsatzsteuer ist noch da und kostet rund 5 Milliarden im Monat, die scharfe Protestresolution hat der Reichstag in den Papierkorb geworfen und die VSPD. hat darauf gepfiffen. 2. Der proklamierte „Kampf" gegen die Kartelle ist in einer Amtsstube hängen geblieben. Die Folgerung daraus: **wieder zwei Bettelresolutionen** mit „Bedauern und Entrüstung", begleitet von der jetzt nur noch lächerlich wirkenden Pose „politischer Neutralität". Alle öffentliche Bewirtschaftung ist abgeschafft, die Verbrauchssteuern sind maßlos erhöht, das alles wird registriert und **als force majeure hingenommen. Von einer aktiven proletarischen genossenschaftlichen Ernährungspolitik keine Spur,** nicht einmal von einer eigenen Wirtschafts- und Steuerpolitik. Denn das Mißerachte, was geschah, wurde zusammen mit den reaktionärsten agrarischen, händlerischen, mittelständlerischen Genossenschaften in den sogenannten „Freien Ausschuß" getan.

Unsere kommunistische Parole, die sehr glücklich anknüpfte an die **Umstellung der Gewerkschaftspolitik** (wie es gerade in Stuttgart und Hamburg geschehen ist), und die von den Genossenschaften **die Initiative zur Herstellung der einheitlichen Kampffront der gesamten Arbeiterklasse forderte und ein Kampfprogramm gegen den Hunger,** fand natürlich keine Mehrheit. Es ist klar, daß die Genossenschaftsbureaukraten niemals handeln werden, solange kein starker **Massendruck von seiten des in den Konsumvereinen organisierten Proletariats** kommt. Wir wiesen klar und eindeutig nach, daß es kein Rezept gibt, um ohne Kampf aus dem Hungerelend herauszukommen und daß gebrochen werden muß mit der Neutralität und dem Burgfrieden und der Arbeitsgemeinschaft. Vielleicht brannte doch manch einem die Schuld in der Seele, daß die Genossenschaftsbewegung, die doch selber so sehr der einheitlichen geschlossenen Arbeiterbewegung bedarf, damals den **Reichsbetriebsrätekongreß *)** sabotiert hat, statt in jenem günstigen Moment das Zentrum einer geschlossenen Arbeiterbewegung schaffen zu helfen. Auch jetzt hat sich der Genossenschaftstag dieser historischen Aufgabe unfähig gezeigt.

### Leichtfertige Finanzpolitik und Geistesknebelung

Die Finanzlage der Konsumvereine ist schlechter, als sie darzulegen ist. Wenn man auch ausrechnen kann, daß zurzeit vielleicht im Durchschnitt bei den Vereinen das Betriebskapital durch Anteile 5000 Mark beträgt, wozu im Höchstfalle 430 Mark Reserven kommen werden, so ist das bei einem Warenbestand von über 80 000 Mark pro Mitglied eine Katastrophe. Dabei ist aber das wichtigste noch nicht zahlenmäßig festgestellt, inwieweit nämlich auf der einen Seite die genossenschaftliche **Substanz aufgezehrt** ist und auf der anderen **Schulden** mit Verzugszinsen und **Bankkapital** mit Wucherzinsen die Konsumpreise unerträglich in die Höhe treiben. Das Problem der **„preisregulierenden" Wirkung** ist gewiß nicht so einfach zu behandeln, wie es unsere Genossin Meinig zur Empörung der Geschäftsführer getan hat. Aber sie hat das populär herausgesagt, was Tatsache ist und was die Masse der Konsumhausfrauen, „deren Sympathie futsch geht", denkt und redet — was aber die Herren nicht hören wollen, weil es sie als „Konjunkturgewinnler" an einer tödlichen Stelle trifft.

Wir verstehen die Erregung, wenn **wir beschuldigen, daß die Instanzen mit ihrer unhaltbaren Politik systematisch die Konsumvereinsbewegung ruinieren.** Dieses Jahr wäre ein umfassender, durch die Häufung niederschmetternder **Beweis im Korreferat** gegeben worden. So konnte ich nur den einen Fall ans Tageslicht zerren: in Sachsen lehnt man auf dem Unterverbandstag **unsere Forderung auf öffentliche Kredite mit großer Pose in einer Resolution ab und im gleichen Moment liegt eine Eingabe beim sächsischen Finanzministerium vor, in welcher um langfristige Staatskredite gebettelt wird.** Der Minister sagt mit Recht: Gebe ich die Kredite, deren Notwendigkeit die Regierung einsieht, dann werde ich in eine Reihe mit den Kommunisten als Zerstörer der Selbsthilfe gestellt. So wird unsere Bewegung kompromittiert und ein Gespött der Bourgeoisie gemacht, die ihre Staatshilfe mit vollen Händen empfängt. Statt neuer Wege vorwärts, wird weiter ruiniert! Derselbe blöde **Opportunismus der Reformisten in sozialdemokratischer Partei und Genossenschaft hat den** Genossenschaften die unerträgliche Umsatzsteuer aufgebrummt, die sich die Massen nun neben ihrem Lohnabzug aus der Tasche holen lassen müssen, weil sie so famose Führer haben.

**Viele Milliarden Bankkredite,** die Millionen Zinsendienst kosten, liefern die Bewegung buchstäblich an Stinnes aus und haben alle Grundsätze und Ziele zum Teufel gejagt" (Kasch, „Rundschau" S. 267) — aber trotzdem kein Alarmruf an die **gesamte Arbeiterklasse,** um vereint gegen Umsatzsteuer und für öffentliche Kredithilfe und Erfassung der Sachwerte zu kämpfen.

### Chauvinismus und Bolschewikenhetze

In diesen beiden Fragen hat der Genossenschaftstag Glanzstücke geleistet. Das Referat zur Ruhrfrage und die **Resolution waren so spießbürgerlich,** daß selbst Dreischer von der VSPD. gegen diese Anleitse bei der Deutschen Volkspartei protestierte und die Redaktionsführung brandmarkte. Unsere kommunistische **Gegenresolution wurde unterschlagen** und überhaupt nicht zur Verlesung **gebracht,** sowie die Diskussion um **des Burgfriedens willen** sogleich abgewürgt.

### Die Niederlagen der Zentralinstanzen

Wir hatten gut vorgearbeitet gegen den § 14. Unsere Presse hatte scharf Stellung genommen und die großen überfüllten öffentlichen Genossenschaftsversammlungen, die die KPD. in Leipzig, Dresden und andernorts veranstaltet hatte, brachen die Courage der „Löwen". Zudem hatten wir unseren Thüringer Antrag mit so vielen Unterschriften versehen, daß eine Mehrheit wahrscheinlich gewesen wäre. Kaufmann ließ daher das große geplante Tamtam gegen die Kommunisten (wie auf der Generalratssitzung in Göttingen) weg und ließ ganz kleinlaut seinen Antrag fallen: Dafür kam ein Kompromißantrag, der ein totaler Rückzug war. **Darnach steht jetzt ausdrücklich zu Beginn, daß auch Nichtverwaltungsmitglieder stimmberechtigt zu delegieren sind.** Dies ist ein Fortschritt, da bisher in der Praxis fast lediglich Verwaltungsmitglieder delegiert wurden. Von nun an können wir uns also bei unserer Forderung auf Wahl von Delegierten direkt durch die Mitglieder auf den § 14 berufen!

Niederschmetternd war die Niederlage bei unserer Resolution, die Pressefreiheit forderte. 1920 war dieselbe Resolution abgelehnt worden, diesmal ließen Kaufmann, Kasch und Schweikert dagegen Sturm, da man doch nur offene Türen einrenne. Unsere Belege wurden aber von Lange und Dreischer so vermehrt, daß **zum ersten Mal ein kommunistischer Antrag gegen das ausdrückliche Kommando von Hamburg mit Mehrheit angenommen wurde.**

Die Rache dafür war süß. Denn bei der **Gewerkschaftsdebatte,** wo sich die Bureaukraten von hüben und drüben immer noch in den Haaren liegen, kam kein Kommunist zu Wort. Unserem Antrag Koenen wurde sogar die Verlesung verweigert, da der Inhalt zu politisch sei.

### Das Ergebnis

Bemerkenswert ist noch, daß von 763 Delegierten **nur drei weibliche** waren. Dadurch, daß zum ersten Mal die Frauenfrage auf der Tagesordnung stand, wurde bei der Behandlung der Beweis erbracht, daß für die **Mitarbeit der Hausfrauen** absolut jedes tiefere Verständnis fehlt und das höhnische Lachen und die Blasiertheit, mit der die Schilderung der Nöte und der psychologischen Verfassung der Proletarierinnen durch unsere Genossin Meinig aufgenommen wurde, war mindestens eine so frche Beleidigung, wie die Behandlung der Frauenfrage auf dem letzten Internationalen Genossenschaftskongreß. Daß Genosse Kornek niedergebrüllt wurde, weil er wahre, aber sehr unangenehme Dinge sagte, versteht sich.

Unsere Regie war dem gerissenen Lorenz **nicht gewachsen.** Ein trauriger Ruhm für die „Demokratie" und die Delegierten. Aber geistig beherrschen wir den Genossenschaftstag mit unseren 30 Delegierten. **Es fehlt der Opposition nur noch die organisatorische Macht, um sich durchzusetzen.** Das ist die Angelegenheit der Mitgliedermassen. Die Zahl der Interessierten und Sympathisierenden ist sehr groß geworden. Wir hatten Aufmerksamkeit, während bei den Wald- und Wiesenreden **nur Langeweile war** und im Foyer großer Alkoholbetrieb.

Seit den Tagen der **Pioniere von Rochdale** hat die Genossenschaftsbewegung einen merkwürdigen Degenerationsprozeß durchgemacht. Denn diese Führer fühlen sich gar nicht mehr als verantwortliche Führer für **proletarische Konsumentenmassen,** sondern als Geschäftsführer à la Tietz, Wertheim und Althoff, die reine Geschäftspolitik für ihre Genossenschaftsfirmen treiben. Zu dieser **Reform-Kaufmannspielerei hat Reformismus und Opportunismus geführt.**

Wir aber kämpfen für eine proletarische Genossenschaftsbewegung die eine wuchtige Waffe im **Klassenkampf des Proletariats** sein soll. In diesem Kampf stehen wir gegen alle reaktionären Genossenschafter, in diesem Kampf stehen die Arbeitermassen gegen diese Führer und **gegen diesen Genossenschaftstag in Görlitz.**

*) Vergleiche die Genossenschaftsrede dort: „Die Uebernahme der Lebensmittelverteilung durch die Konsumvereine" (Viva-Verlag, Berlin).

**Zörbig. Achtung, Parteigenossen! Wir verweisen nochmals auf das am Sonntag, dem 1. Juli in Bitterfeld stattfindende**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230629-14/fragment/page=0003

# K·P·D

**Bezirksleitung für Halle-Merseburg.**
Bureau u. Kasse: Leipzigerstr. 14. Fernruf 1474. — Postscheckkonto Leipzig 10700. Artur Schulz, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

**Bezirksleitung:** Montag, 2. Juli, im Bezirksbureau: **Sitzung.**

## Versammlungen.

**Ortsverein Halle**

**Parteilokaleer.** Donnerstag, Freitag und Sonnabend auch der übrige Monat restlos abgerechnet werden. Ausstehende Zahlungen müssen ebenfalls verrechnet werden.

**Große Wiese:** Alle Kommunisten, sowie Parteilose Mitglieder der Union der Hand- und Kopfarbeiter erscheinen am Sonntag, den 1. Juli, vorm. 10 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft zu einer wichtigen Besprechung.

**Fraktion der Bezirksleiter.** Montag, 2. Juli, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: **Wichtige Sitzung.**

**Fraktion der Ellendorfer.** Montag, 2. Juli, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: **Wichtige Besprechung.**

**Kommunistische Werkweiber.** Dienstag, 3. Juli, abends 7½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: **Wichtige Aussprache.** Parteibuch ist mitzubringen.

**Kass-Abteilung b. Arb.-G.-S.** Freitag, 29. Juni, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: **Versammlung.**

**Halle-Saalkreis**

**Petersberg:** Sonnabend, 30. Juni, abends 8 Uhr, im Wettins Gasthof: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Ferdinand Menzel, Halle.

**Diemitz:** Sonnabend, 30. Juni, abends 7½ Uhr, im „Seebadschlößchen": **Mitgliederversammlung.**

**Nauendorf:** Sonnabend, 30. Juni, abds. 8 Uhr, bei Fulang: **Mitgliederversammlung.**

**Merkwitz-Bedewitz:** Sonnabend, 30. Juni, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

**Mansfelder Seekreis**

**Wolfhalt:** Sonntag, 1. Juli, abends 7½ Uhr, im Deutschen Hause: **Mitgliederversammlung.** Referent: Genosse Max Lademann, Eisleben.

**Erdeborn:** Sonnabend, 30. Juni, abends 7½ Uhr, im Hotel Träger: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Max Lademann, Eisleben.

**Kreis Bitterfeld**

**Raßlau:** Sonnabend, 30. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Tanne": **Wichtige Mitgliederversammlung.**

**Brehna:** Sonnabend, 30. Juni, 8 Uhr, im Parteilokal: **Mitgliederversammlung.**

**Holzweißig:** Zum Arbeiterrat in Brehna nimmt die Ortsgruppe geschlossen teil. Abmarsch Sonntag nachm. 4½ Uhr. Treffp.: Ecke Koisdorf u. Zickernbordter Str.

**Kreis Merseburg**

**Mücheln:** Sämtliche Betriebs- und Parteivertrauensleute, sowie alle KPD.-Gemeindevertreter treffen sich am Sonntag, 1. Juli, 4 Uhr nachm., im **Gewerkschaftshaus** Gräfe zu einer wichtigen Sitzung. Tagesordnung: Fertigstellung der Kandidatenliste für den kommenden Gemeindewahlen und Betriebsräten.

**Kötzschen-Beuna:** Sonntag, 1. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Zänsch: **Mitgliederversammlung.**

**Braunsdorf:** Sonntag, 1. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Gasthofe: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Alfred Grahl, Halle.

**Mukrena:** Sonntag, 1. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Kochlen Gasthof: **Mitgliederversammlung.** Thema: Die bevorstehenden Gemeindewahlen. Referent zur Stelle.

**Teuchern:** Sonnabend, 30. Juni, abends 8¼ Uhr, im „Trompeterschlößchen": **Mitgliederversammlung.**

## Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiversammlung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, merkt und wirb für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält. Auch können Schreibmaten aller Art von uns bezogen werden.


**Raucht Zetko-Gold**

in Qualität unerreichbar!

**Mitteldeutsche Zigarettenfabrik Aktiengesellschaft.** 170


## Bekanntmachung.

**Verpachtung der Pflaumen-, Aepfel- und Birnennutzungen.**

Die Verpachtung der diesjährigen Pflaumen-, Aepfel- und Birnennutzungen an den Kreisstraßen soll öffentlich meistbietend nach der Zeitnerzahl am **Montag, dem 9. Juli 1923, vormittags 9 Uhr, im Landratsamte** hier erfolgen. Dem Kreiskommunalverbande bleibt die Entscheidung vorbehalten, ob er das Ergebnis der Ausbietung genehmigen und welchem unter den drei Bietbietenden er den Zuschlag der Zacht erteilen will.

In Frage kommen folgende Straßen:

1. Könnern—Gaale km 1,350—2,3 (Pflaumen),
2. Könnern—Mittelelbau km 0,0—3,2 und km 3,560—4,3 (Pflaumen),
3. Mittelelbau—Löbejün, und zwar:
   a) Mittelelbau—Hohenelbau km 4,3—5,350 (Pflaumen),
   b) Hohenelbau—Schlettau km 5,6—5,540 (Pflaumen),
   c) Schlettau—Kattau km 8,9—10,7 (Pflaumen),
   d) Kattau bis zur Bitterfeld-Dommitzer Kreisstraße km 10,7—11,715 (Pflaumen),
4. Mittelelbau—Gröbzig km 0,0—1,2 und km 1,2—2,118 (Pflaumen),
5. Kattau—Sohlmsdorf (Wiesfau) km 0,7—1,508 (Pflaumen),
6. Bebitz—Muhrena km 0,0—1,6 (Pflaumen),
7. Neubesen—Bernburgerlandstraße—Cultrena km 0,0—3,061 (Pflaumen),
8. Bebitz—Grube Georg—Nebendorf km 0,0—0,389 (Pflaumen),
9. Nettin—Bernburgerstraße km 0,0—1,4, km 1,4—2,8, km 3,1—5,0, km 5,0—6,667 (Pflaumen),
10. Trögel—Zoetz km 0,0—2,2 (Pflaumen),
11. Wettiner Bahnhofstraße—Bernburgerstraße km 0,0—2,5 und 2,5—5,7 (Pflaumen),
12. Medrig—Krosigk—Rackermark km 0,2—2,0, km 2,0—3,5 und km 3,5—4,8 (Pflaumen),
13. Tiotha—Löbejün km 2,072—2,627 (Birnen),
14. Dölau—Krosigk km 0,0—1,4 und km 1,4—2,530 (Pflaumen),
15. Nettin—Dieskau, und zwar:
   a) Nettin—Dölau km 0,1—2,4 (Pflaumen),
   b) Dölau—Dieskau km 2,919—4,330 (Pflaumen), 3245
16. Kabatz—Schmerz, und zwar:
   a) Kabatz—Plötzsch km 0,0—3,233 (Pflaumen),
   b) Plötzsch—Kemberg km 3,233—5,5 (Pflaumen),
   c) Kemberg—Schmerz km 6,7—9,125 (Pflaumen),
   d) Schmerz—Zörbiger Straße 9,6—10,456 (Pflaumen),
17. Bradstedt—Zwebendorf, und zwar:
   a) Bradstedt—Kemberg km 0,4—3,636 (Pflaumen),
   b) Kemberg—Kolmitzsch km 4,2—7,20 (Pflaumen und Birnen),
   c) Hohentaurin—Zwebendorf km 8,0—9,30 (Pflaumen),
18. Lochau—Wiedersdorf, und zwar:
   a) Gröbers—Osmanke km 2,538—3,696 (Pflaumen)
   b) Gröbers—Lochau km 0,0—2,8 (Pflaumen),
   c) Lochau—Dölau km 5,9—6,447 (Aepfel),
19. Dölau—Dieskau—Kleinkugel, und zwar:
   a) Dölau—Dieskau km 0,0—2,7 (Pflaumen),
   b) Dieskau—Kleinkugel km 3,0—6,908 (Pflaumen).

Die Besichtigung der Pflaumen, Aepfel und Birnen hat nach einem durch die Preisprüfungsstelle Halle zu ermittelnden und danach nach näher festzustellenden durchschnittlichen halischen Großhandelspreis zu erfolgen.

Als Sicherheit für die spätere Verrechnung sind 80 000 Mk. für jeden Zentner im Verpachtungstermin zu zahlen oder in mündelsicheren Papieren zu hinterlegen. „Gegebenenfalls" wird auch zugelassen, zwei Bürgen zu stellen, die für die Sicherheit, sowie für den genauen Nachweis der Ablieferung zu halten haben. Die weiteren Verpachtungsbedingungen liegen in unserem Bureau, hier, Leipzigerstr. 6, eingesehen werden, oder gegen Erstattung von 100 Mk. Gebühren bezogen werden.

Halle, den 26. Juni 1923.

**Der Kreisausschuß des Saalkreises.**

## Vereine

verdienen **Drucksachen!**
Beschafft sie bei der
**Druck-Genossenschaft, Halle, Leipzigerstr. 14**
Fordert Offert ein.

**Arb.-Sänger-Chor.** Sonnabend, abends 8 Uhr, im Teichmanns Restaurant, Glaucharstr. Vorstandssitzung. Sonntag, vormitt. 11 Uhr, i. „Volkspark" Probe. Mittwoch, abends 7 Uhr: Singestunde, anschließ. Gen.-Versammlg.

**Frauen- und Mädchen-Chor.** Jed. Donnerstag, ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

**Die Naturfreunde.** Heim Weidenplatz 10. Jahlabend: Freitag, 1/8—10 Uhr.
Jed. Dienstag, ab. 7½ Uhr, i. Gruppe Nord: Wittekindschule (Friedenstr.), Mitte: Dom, Lauententitus- und Ecke Brettschneidestr. Süd: Torschule, Jim. 52. Sonnabd.: Sonnenwenfeier in Neu-Ragoczi. Geschloss. hab sich alle Gruppen daran zu beteiligen. Abmarsch: Wettiner Platz, 7 U. Mittelpeisnitz Brücke u. 8 Uhr, Süd: Hbf. Theater Bahnhof u. Sonntag vorm., in N.-Ragoczi: Sport und Spiel. - Nachmittags n. 3 Uhr: Fortsetzung d. Feier m. Kindergruppen und Angehörigen auf dem Kellerberge in der Heide.
Gäste willkommen. Quartiere benötigen wir noch für die Teilnehmer an der Gebiets-Konferenz am Sonntag.

**Verbrauch. - Genossenschaft „Naturfreunde" Zahlstelle Halle.** Nächste Zahlstellen-Versammlg. Donnerstag, 5. Juli.

**Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet** Ortsgruppe Halle. Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

**Allg. Arbeiter-Union Ges. Betr.-Org. i. L.** Dienstag, 1/8—8 Uhr: Kassenstunde. Von 8 Uhr an Mitgl.-Versammlung.

**Arb.-Samar.-Kol. Halle** Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. V. Jeden Dienstag **Uebungsstunde** a. d. Sandanger, bei schlechtem Wetter Charlottenschule.

**I. Hall. Mand.-Orchest.** Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Zeichensaale der alten Volksschule, **Neue Promenade: Uebungsstunde.**

**Proiet. Kulturverein. - Halle.** Lokal: „Lüder. Berg". Sonntag, früh 9 Uhr, auf dem Hallmarkt: Treffen z. Demonstration Kinderstuppen. — nachm., pünktlich 2 Uhr, v. „Lüderitz Berg": Ausflug d. Kindergruppen in die Heide. Instrumente mitbringen.

**Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle.** Freitag, 29. Juni, abends 7½ Uhr, im „Volksp.": Versammlung.

**I. Arb.-Akrin.-Bund. Ortsgr. Halle.** Geschäftsstelle: Jüngergartenstraße 15. Bibliothek: Bücherausgabe jed. Montagnachm. 5-6 Uhr, Freitag abds. 6 U.: Zahlmarkenausgabe sämtlicher Monat Juni beigetreten. Mittämpfer.

Sonntag, d. 1. Juli Zum Gedenktreffen nach Wettin a. S. der nördl. Gruppen des Gaues II Madgeburg-Süden 6 U. Hauptbahnhof, Zentrum 5 Uhr, Merkelplatz, Norden 1/2 7 U. Eröllwitzer Brücke

**Arb.-Schwimmverein, Halle a. S.** Abteilung des Arb.-Turn- u. Sp.-S. Uebungsstunden im Stadtbad: Dienstags und Freitags von 6—8 Uhr für damit Abteilungen. Dienstag, 3. Juli, nach der Uebungsstunde: Technische Sitzung.

**Kom. Kindergruppe.** Heim Nauendorf. 16. Freitag, 1/8 6 Uhr, i. Volksp.: Eltern-Versammlg. Referent: Gen. Lange, Lehrer, Berlin. Sonntag, vormitt. 9 Uhr: Kinder-Demonstration. Besucht unsere Veranstaltungen zahlreich zur Intern. Kinderwoche.

**Kom. Jugend, Halle.** Marktgrafenstraße 16. Heim bis auf weiteres geschlossen.
Heute, abds. 8 Uhr, in der „Wunnenschule", Gruppen Nord u. Zentrum: Vortrag üb.: „Warum sind wir Kommunisten". Sonnabend, 1/8 8 U., im Jugendheim: Wichtige U.-B.-L.-Sitzung. Distriktsleiter sind eingeladen.
Sonntag, 1. Juli: Teilnahme an den Kinder-Veranstaltungen. Früh: Demonstration, nachmittags: Ausflug nach der Bischofswiese. Treffen auf dem Hallmarkt 1/2 2 Uhr. Bei schlechtem Wetter, abends im Kartellzimmer des „Volksparks".
Montag, 1/8 8 Uhr, im Jugendheim: Gemeinschaftliche Sitzung der B.-L., U.-B.-L. und des Zentr.-Vorstandes.

## Kröllwitz

**Arb.-Bildungsverein, Kröllwitz** Vereinslok. Luisenpark. Uebungsstunden Gesangs-Abteilung Mittwochs von 8 bis 10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr.
Jugd.-Abtl.: 2 Donnerstag von 7—9 Uhr.
Sonnabd., 30. Juni, ab 8 Uhr: Hauptversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

## Trotha

**Arb.-Bildungs-Verein, Trotha** Lokal: Trotha, Bollhöhe.
Dienstag, 8 Uhr: Diamat. Abteilg.
Dienstag, 8 Uhr: Jugend-Abteilung.
Mittwoch, 8 Uhr: Gesangs-Abteilg.
Freitag, 6 Uhr: Mandolin.-Abtlg.
Freitag, 8 Uhr: Jugend-Abteilung.
Sonnabd., 30. Juni: Theater-Abend in Dölau Abmarsch 1/2 6 Uhr v. Kaffeegarten.


**Unsere Bezirks-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14,** Eing. Schützenstr., führt, wie unsere **Volks-Buchhandlung, Harz 42/44,** sämtliche **Schulartikel.** wie: F **Schiefertafeln, Schreibhefte, Tinten usw.**

**Billigste Preise, gute Ware** sind Vorteile unserer Kundschaft.

**Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.**

**Stadt-Theater** Sonnabend, abends 6½ Uhr **Gastspielvorstellung.** Sonntag, abends 7½ Uhr: **Eine Nacht in Venedig.**

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Uhren, Brennstifte, Zähne** kauft 3221 **Sparmann,** Gr. Steinstr. 47, am Waisenhaus.

**Die Leipziger Seidel Sänger** kommen zu einem Gastspiel nach Halle. Am **Sonntag, den 1. Juli 1923,** im **Walhalla-Lichtspieltheater** Näheres ersehen Sie morgen. 3253

## Tagesordnung

**für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 2. Juli, nachmittags 4 Uhr.**

**Oeffentliche Sitzung.**

1. Wahl von Steuerausschüssen 2. Verstärkung der Deputation für Verwaltung des Stadion. 3. Die in der Sitzung am 25. Juni 1923 nicht erledigten Haushaltpläne. 4. Errichtung von Kleinwohnungen an der Weiderstraße. 5. Nachtrag zur Gewerbesteuerordnung. 6. Aenderung der Vergnügungssteuerordnung. 7. Ankauf einer Wellblechbaracke 8. Annahme eines Kauf- und Tauschvertrages 9. Uebernahme einer Bürgschaft. 10. Gesuch um Ruhegeld 11. und 12. Anträge

**Hierauf: Nichtöffentliche Sitzung.**

**Der Stadtverordnetenvorsteher.** Keil. 3242

## Achtung! Achtung!

Kaufe und zahle die höchsten Preise für

| | | |
|---|---|---|
| 1 **Aluminium-Fünfzigpfennigstück** | 20 | Mk. |
| 1 **Zweipfennigstück** | 25 | „ |
| 1 **Pfennigstück** | 20 | „ |
| 1 **Nickelgroschen** | 15 | „ |
| 1 **Zinkgroschen** | 10 | „ |
| **Lumpen** mit Wolle | 2000 | Mk. |
| **Strumpfwolle** | 11 000 | „ |
| **Bücher und Zeitungen** | 750 | „ |
| **Papier** | 550 | „ |
| **Knochen** | 350 | „ |

**Eisen und Metalle zu Tagespreisen.**

Außerdem kaufe ich **alle Altertumsgegenstände** aus **Zinn, Bronze, Kupfer und Zink.**

— Hole auch selbst ab. —

**Wer diese Anzeige mitbringt, erhält 10 Prozent mehr.**

**Albert-Schmidt-Straße 2** Laden. 3249 Tel. 4398

**Bildertöne Binder** Riesige Auswahl Spottbillige Preise Dauerwäschevertrieb **Kl. Berlin 2.** 3254

**Geldscheintaschen** in la. Leder, billigst nur **Schmeerstr. 19,** Lederwaren-Spezial-Geschäft.

**Wo gehen wir Sonntag hin?** In's **„Landhaus",** Merseburger Straße. Von nachmittags 3 Uhr an: **Großer Kavalier-Ball.** Hierzu laden freundlichst ein 3247 G.-B. „Sagonia". **Der Wirt.** Flotte Musik.

**Sung! Döllnitz. Sung!** Unserm Sportsgenossen und Saalschwarz **Karl Mathis** sowie unserer Sportsgenossin **Margarete Stolle** zu ihrer am 30. Juni stattfindenden **grünen Hochzeit ein dreifaches „Frisch Auf!"** 3248 A.-R.-B., Ortsgruppe Döllnitz.

**Brinkmanns Restaurant** Dessauer Straße. Heute sowie morgen: **Schlachtefest.** Abends: 324 **Unterhaltung.**

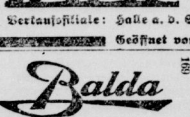
**Bettwäsche!** Trotz riesenhafter Steigerung der Einkaufspreise bringen wir zum Monatsende noch einmal große Warenmengen aus unseren enorm großen Lagerbeständen zu wirklich billigen Preisen zum Verkauf. Nutzen Sie diese Gelegenheit und schieben Sie Ihre Einkäufe nicht hinaus, der schnelle Kauf ist der vorteilhafteste. *355

**Der Weg zu uns lohnt sich.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Bettbezüge,** weiß | Mk. 65 000.— | 68 000.— | 83 000.— usw. |
| **Feinste Bezüge,** waschechte Qualität | Mk. 83 000.— | 96 000.— | usw. |
| **Bettlaken** | Mk. 45 000.— | 53 000.— | 72 000.— usw. |
| **Wäschestoffe** | Mk. 15 000.— | 16 500.— | 17 500.— usw. |
| **Linon,** 80 cm breit | Mk. 18 500.— | 21 000.— | 23 000.— usw. |
| **Linon,** 130 cm breit | Mk. 26 000.— | 35 000.— | 39 000.— usw. |
| **Handtücher** i. Küche u. Stube | Mk. 8500.— | 11 000.— | 13 000.— usw. |

Riesige Auswahl in: **Inletten, Bettstoffen, Tischtüchern, gestickten Bettwäsche, Damasten und Barchentdecken** zu konkurrenzlos billigen Preisen. — Zuvorkommende sachmännische Bedienung.

Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zu späteren Abholung




**Berliner Bettwäsche-Fabrik**

**Verkaufsfiliale: Halle a. d. S., Ludwig-Wucherer-Straße 28.**

**Geöffnet von 8 bis 6 Uhr.**

**Ich zahle stets höhere Preise** wie in den Zeitungen von Konkurrenten angegeben werden für sämtliche **Felle. Meier, Brüderstr. 7,** Eingang Kl. Steinstraße 3256

Größte Auswahl, billigste Preise in hölzernen und eisernen **Kinder-Bettstellen.** Weltgebrauchte Zahlungserleichterungen **Bruno Baris, Halle a. d. S.** 3240 **jetzt Leipziger Str. 12.**

**Das Reichsmietengesetz,** herausgegeben vom Bund Deutscher Mietervereine gemeinverständl. erläuterte Textausgabe. Für jeden Genossen im Betrieb! **Ueber die Bildung der kommunistischen Zellen und Arbeitsgruppen.** (Flugschriften d. Komm. Zentralverlage 11 Auf Grund der neuesten Parteibeschlüsse **Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg,** e. G. m. b. H. **Halle a. d. S.,** Lerchenfeldstraße 14. Abteilung: Bezirks-Zentralbuchhandlung oder deren Filialen. F

**Von der Reise zurück. Dr. Wolf.** *354

**Balda** die Schokolade der Feinschmecker. Generalvert. Willy Bolgtmann, Sachsen & Co., Markt 6 gegenüber der „Börse". 1691

**Felle! Hamster, Maulwürfe, Kanin, Katzen, Wolle** kauft u. zahlt mehr wie jede Konkurrenz schreibt 3257 **Paul Sitte Mittelwache 13, Glaucharstr. 4.**

**Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse Uhren, Ketten, Ringe** kauft zahlend **Metall-Kontor A. Abramowitz** Schmeerstr. 14, I. (Kein Laden) 3252

Gl. Oefen und Herd, gebr., pre sweert zu verkaufen. 3252 W. Schreckenberg, Torstraße 56.

**Winter-Hemden St. 35 000.-** Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 2.

**Woll-, Weißwaren, Handschuhe, Strümpfe** kauft man preiswert und gut bei 3035 **Gustav Grimm, Steinweg 38.**

Merkt für die Prod.-Genossenschaft.

**Zwei Futterschweine** 50—60 Pfd. schwer, weg Futtermangel **zu verkaufen. Wörmlitz,** Dagerstr. 18a.

**Möbliertes Zimmer** für **sofort** gesucht. Angebote unter „Zimmer" an die Geschäftsstelle des „Klassenkampf" erbeten.

**Zeitungsfahrerin** für Strecke Oberröblingen bis Querfurt und Ort Querfurt zum 1. Juli gesucht. Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden bei Herrn Stech in Querfurt, Klippe 26.

**Zeitungsträger** für Beesenlaublingen zum 1. Juli **gesucht.** Gewissenhafte Bewerber wollen sich bei Herrn [illegible] in Beesenlaublingen [illegible] F


## Bekanntmachungen.

Im Waagegebäude ist vom 30. Juni bis 6. Juli 1923 eine Bekanntmachung des Magistrats über die Verlängerung der auf Grund der Mieterschutz- und Wohnungsmangelverordnung erlassenen Anordnungen sowie über die Erhöhung der Geldstrafen des § 11 der Magistratsverordnung vom 15. Okt. 1919 ausgehängt. 3243

Halle a. d. S., den 26. Juni 1923. **Der Magistrat.**

Das Schulgeld für den Besuch der städtischen höheren Schulen und Mittelschulen wird vom 1. Juli d. J. an erhöht. Die Schulgeldsätze können in der Schulverwaltung und in den Schulen in Erfahrung gebracht werden. 3244

Halle a. d. S., den 26. Juni 1923. **Der Magistrat.**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230629-14/fragment/page=0004

# Halle und Saalkreis

Halle den 29. Juni 1923.

## Befreites Land!

Fast noch mehr als die Industriearbeiterschaft stöhnt das Landproletariat unter der Knute der Ausbeuter. Doch nur hier und da erheben die Landproletarier trotzig das Haupt und schließen sich zusammen zum Kampfe für ein besseres wirtschaftliches Los. Die große Masse der Landarbeiter und Kleinbauern ist durch die 12-, 14- und 16stündige Arbeitszeit so abgestumpft, daß sie darüber den Kampf gegen ihre Ausbeuter vergißt. Bei besonderen Anlässen wollt auch dem letzten Landarbeiter einmal das Blut. Aber er steht allein. Meist ist nur eine kleine Anzahl Leute auf einem Gute beschäftigt. Da ist ein Austausch der Meinungen, ein Aufklären über die wichtigsten Fragen des alltäglichen Lebens, eine Organisierung zum Kampf für die Befreiung sehr erschwert.

Und doch ist es notwendig, daß das gesamte Landproletariat seine geschichtliche Aufgabe erkennt und mit der fortschreitenden Entwicklung der Industriearbeiterschaft Schritt hält.

Mit allen Mitteln versucht die Reaktion das Landproletariat vor ihren schmutzigen Karren zu spannen. Mit kirchlichen „Erbauungsblättchen" und nationalistischen Hetzzeitungen will man die Landarbeiter beeinflussen. Da gilt es, mehr denn je mit allen Mitteln der Landarbeiterschaft zu zeigen, daß alle nationalistischen, faszistischen aber auch „arbeitsgemeinschaftlichen" Versuche, das Vaterland vor dem Verfall zu retten, undurchführbar sind. Es gilt festzustellen, daß der, der heute im Schweiße seines Angesichts den Acker bebaut, nicht ewig den bidwänstigen Landbaron und deren Maitressen mit zu nähren braucht. Auch darüber, daß das heutige Großbauerntum ein Hindernis für die moderne, billigere und bessere Ausnutzung des Ackerbodens ist, muß die Landarbeiterschaft aufgeklärt werden. In diesen wenigen Zeilen können wir die vielen Fragen der Landarbeiterbewegung kaum andeuten.

Alle Fragen untersuchen, besprechen und klären soll eine Beilage des „Klassenkampf", die unter dem Titel „Befreites Land" erscheint und den Landarbeitern ein Helfer und Berater, ein Freund und Kampfgenosse im schweren Kampfe werden soll. Namhafte Mitarbeiter gewährleisten dauernd eine gute und reichhaltige Ausgestaltung dieser Beilage. Doch wenn sie das werden soll, was wir alle erwarten, dann muß an diesem Werke jeder zum Klassenbewußtsein erwachte Landarbeiter und schaffende Bauer durch Berichte und Rotizen und an der weitesten Verbreitung der Beilage mithelfen.

Genosse, du mußt Dich einsetzen für die Verbreitung dieses neuen Mitstreiters im Klassenkampf.

Es gilt, neue Kämpfer und neue Streiter im Kampfe für die Existenz der Arbeiterklasse auch auf dem Lande zu gewinnen. Die Industriearbeiter, die alle Beziehungen zu den Landarbeitern und Kleinbauern haben, müssen diese Beziehungen ausnutzen und den Bekannten auf dem Lande die neue Beilage des „Klassenkampf" schicken, die Führer und Berater im Kampfe der Landarbeiter und Kleinbauern werden soll.

Es gilt, auch die Landarbeiter und Kleinbauern aufzurütteln, ihnen den Weg zu zeigen, der aus der Hörigkeit der Landjunker und Großbauern führt.

Es gilt, aus dem Boden, auf dem die Arbeiter roden und arbeiten, einen befreiten Boden zu machen, der allen Arbeitern Brot und Arbeit, Freude und Leben geben kann.

Es gilt, dem Landarbeiter und Kleinbauern zu helfen, sie einzureihen in die Kampffront des geknechteten und ausgebeuteten Proletariats, sie zu vereinigen im Kampf für die geistige, wirtschaftliche und politische Befreiung.

## Arbeiter, welche Zeitung liest Du?

**Etwa die deutschvölkische „Hallesche Zeitung"?**

Die „Hallesche Zeitung" ist das Organ der kapitalistischen Junker, der agrarischen Wucherer und Schieber, die im „vaterländischen" Interesse das deutsche Volk ausplündern und hungern lassen und mit den märchenhaften Gewinnen, soweit sie sie nicht nach dem Ausland verschieben, die Mörderorganisationen der deutschen monarchistischen Reaktion finanzieren.

Die „Hallesche Zeitung" ist das Organ der Kriegshetzer und Steuerdrückeberger, die dem arbeitenden Volke alle Lasten und Steuern aufbürden, während sie sich von allen Abgaben drücken. Jeden Tag kann man in diesem Junkerblatt lesen, daß es den Agrariern schlecht geht, daß sie Not leiden, trotzdem sie sich alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse von der hungernden Bevölkerung nach dem jeweiligen Dollarstande bezahlen lassen.

Die „Hallesche Zeitung" ist das Organ der patriotischen Kreise, die heute noch ständig bedauern, daß der „herrliche" Weltkrieg und das „läuternde" Stahlbad so schnell sein Ende gefunden, noch ehe das alte zu Deutschland gehörende französische Lothringen aus den Klauen der Franzosen „befreit" und noch ehe die Kriegsziele der Junker und Schwerindustriellen im Osten und Westen erreicht worden seien. Durch den verlorenen Krieg sind nun so viele Generale und Offiziere brotlos geworden und müssen nun auf das Abenteuerleben für ihren vertrotzelten und geistesschwachen Monarchen verzichten. Das paßt diesen teutonischen Lumpen und Mördern nicht, darum hetzen sie von neuem zu Kriegsabenteuern, die doch nur die arbeitende Bevölkerung bezahlen muß.

Die „Hallesche Zeitung" ist das Organ der Faszisten und Banditen, die die Monarchie wieder aufrichten wollen, die Mordorganisationen schaffen, um Arbeiter und Arbeiterführer und selbst republikanische Minister zu überfallen und niederzuknallen, die den Bürgerkrieg gegen die hungernde Arbeiterschaft für die kapitalistischen Ausbeuter, Schieber und Wucherer vorbereiten.

Die „Hallesche Zeitung" ist das Organ der Scharfmacher, die gegen jeden Streik hetzen und alle Schuld an der Teuerung und an der Verelendung auf die „Faulheit" und „Begehrlichkeit" und auf den Achtstundentag schieben.

Die „Hallesche Zeitung" ist das erbärmlichste, gemeinste und die durch ihre Politik für die Schwerindustrie und für das Junkertum nicht nur die Arbeiterklasse in das tiefste Elend stürzt, sondern auch die sogenannten Mittelschichten, die Beamten, Handwerker, Geschäftsleute usw. ruiniert und proletarisiert.

Die „Hallesche Zeitung" ist das erbärmlichste, gemeinste und niederträchtigste Hetz- und Lügenblatt, daß im besten Falle als Mist für den Anbau von deutschem Kohl dienen könnte.

## Karl Plättner vor den Geschworenen

III Verhandlungstag.

Der Prozeß gehört vor das Reichsgericht.

Der erbitterte Kampf, den die Plättner-Gruppe seit ihrer Verhaftung führt, als Hochverräter vor dem Reichsgericht abgeurteilt zu werden, wurde in den beiden ersten Verhandlungstagen von Karl Plättner fortgesetzt. Die ganze bisherige Vernehmung war darauf gerichtet, den chronologischen Nachweis zu führen, daß eine Organisation auf der Anklagebank sitzt, deren Ziel der Sturz der Staatsordnung war, nur daß die angewandten Mittel der Vorbereitung dieses Sturzes dienten. Für uns steht und stand bereits fest, daß die Gruppe Plättner unter politischen Begriffen zu den sogenannten staatsfeindlichen Organisationen gehört und deshalb ihre Aburteilung vor dem Reichsgericht stattzufinden hat. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlung wird auch das Gericht zu der Ansicht kommen müssen, daß die Unzuständigkeit des Schwurgerichts unbedingt bejaht werden muß. Und so hat denn das Gericht auf die getellten Beweisanträge des Rechtsanwaltes Genossen Hegewisch hin, betreffs Ladung des Staatskommissars Weismann, des Leiters der Politischen Polizei, Abt. 1a u. a. es als wahr unterstellt: „daß die Plättner-Gruppe eine im Sinne der Reichsverfassung verbotene staatsfeindliche Organisation darstellt, und daß die ausgeführten Expropriationen dem Zwecke dienten, die bestehende Staatsordnung zu untergraben respektiv zu stürzen.

Zu Beginn der Verhandlung erklärte der Vorsitzende, daß er, nachdem im Laufe des gestrigen Verhandlungstages versucht worden sei, während der Unterredung der Angehörigen mit den Angeklagten diesen heimlich etwas zuzustecken, jede Sprecherlaubnis ohne Ausnahme verweigere. Ohne jede weitere Begründung über diese Angelegenheit wurde dann in der Verhandlung fortgefahren.

Plättner setzte seine politische Begründungsrede zur Anklageschrift fort und kommt nochmals auf den Fall Freithal zurück, wobei er betont, daß den daran beteiligten Gruppenmitgliedern keine materiellen Vorteile aus der Beute zugestanden sind. Die aus dem Bruchdorfer Gelde gezahlten 1000 Mk. an jedes Gruppenmitglied seien lediglich Wirtschaftsbeihilfen gewesen, die schon vor dem Bruchdorfer Ueberfall im ebersten Aktionsrat beschlossen seien, um den Mitgliedern für den Winter Gelegenheit zu geben, sich Winterkleidung zu beschaffen. Es wird nämlich von Seiten des Gerichts dahingehend operiert werden, den Angeklagten zu unterschieben, daß sie aus gewinnsüchtiger Absicht die Expropriationen vorgenommen hätten.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kommt Plättner auf die Gliederung der illegalen Kampfgruppen zu sprechen. So war notwendig, um die Propaganda in Bild und Schrift durchführen zu können, und da die bürgerlichen Drucker sich trotz hoher Geldsummen weigerten, Propagandaschriften für die Plättner-Gruppe zu drucken, in rechtsstehende Druckereien einzudringen, um dort selbst Schriften, Flugblätter usw. zu setzen und zu drucken. Es war und ist der große Unterschied zwischen der Gruppe Plättner und den noch bestehenden Expropriationsgruppen, daß erstere es als höchsten Grundsatz betrachtete, die revolutionäre Propaganda in Bild und Schrift in jeder Hinsicht zu fördern. Hier wirft Plättner die Frage auf, wie man jene Propaganda betreiben will: politisch oder räuberisch? Daraufhin wurde die Schrift:

**„Der organisierte rote Schrecken"**

vom Gericht verlesen.

Nach der Mittagspause gab zunächst Rechtsanwalt Genosse Hegewisch eine Erklärung ab, die als Protest gegen die plötzlich einsetzende Strenge gegen die Angeklagten galt. Frau Plättner hatte ebenfalls in einer Erklärung an den Gerichtsvorsitzenden feststellen lassen, daß sie ihrem Manne lediglich ganz offen Schokolade überreicht hätte. Sie ersuchte, die Einschränkung der Sprecherlaubnis wenigstens für die Angehörigen der Angeklagten aufzuheben. Der Vorsitzende zog darauf sein Sprechverbot zurück. Aus den weiteren Erklärungen der Angeklagten Plättner, Menzel, Fischer war zu ersehen, daß eine verschärfte Schikane seitens der Gefängnisverwaltung bereits einsetze, die, nach den uns zugegangenen Mitteilungen, der ganzen Situation im Prozeß Plättner entsprechen. So sind alle Mitteilungen gemacht worden, daß gegen den Gerichtsvorsitzenden seitens der Scharfmacher der Klassenjustiz eine wüste Hetze eingesetzt hat, weil der Vorsitzende in „zu loyaler Weise" die Verhandlung führe. Es paßt anscheinend den stockreaktionären Elementen beim hallischen Gericht nicht, daß der Verhandlungsleiter im Prozeß Plättner nicht mit „Bismarkmethoden" gegen die revolutionären Arbeiter vorgeht. Im übrigen steht fest, daß ohne den Willen der Angeklagten und ohne eine gewisse Objektivität eines bürgerlichen Richters, es unmöglich wäre, diesen Prozeß zu führen.

Nach einer kurzen Darlegung des Mostschen Hochverratsprozesses in den 80er Jahren im Vergleich mit dem Plättnerprozeß, kam Plättner noch auf eine Frage zu sprechen, die ihm wegen des in seinem Besitze gehabten Revolvers vorgehalten wurde. Bei der Voruntersuchung hatte Plättner dem Untersuchungsrichter Pfanne (er nennt ihn einen Orgelchtypus) gesagt: „Mit dem Revolver hätte ich die Staatsanwälte übern Haufen geschossen, die mir in den Weg gekommen wären." Pfänkner erklärt den Vorfall, der im Anschluß an eine Auseinandersetzung mit dem Untersuchungsrichter sich abgespielt hat. Damit war die Vernehmung Plättners beendet.

Als nächster wurde der Angeklagte Hölzel vernommen, der alles das bestreitet, was Plättner bereits gesagt hat. Zu seinem Werdegang und seinem Zusammentreffen mit der Plättner-Gruppe erklärt Hölzel, daß er 1913 zur Sozialistischen Jugendbewegung gekommen sei, nachdem er die Schule verlassen hatte. Während des Krieges ein tätiges Mitglied der revolutionären Jugend, hat er sich an allen illegalen Arbeiten gegen den Krieg beteiligt. Als schärfster Kriegsgegner ist er nach Holland desertiert und zurückgekehrt, als der deutsche Kaiser nach Holland flüchtete. Er war Mitglied der USPD., kam aber zu der Ueberzeugung, daß nur Tatmenschen in der Lage sind, die Verhältnisse im revolutionären Sinne zu gestalten. So lernte er Karl Plättner kennen und arbeitete in der Gruppe aus revolutionärer Ueberzeugung mit. Er hat mehrere revolutionäre Gedichte verfaßt, die in der KAZ. Zeitung erschienen sind. Ueber die einzelnen Unternehmungen der Gruppe sagt er lediglich das, was Plättner bereits erklärt hat, und verweigert auch über den Bruchdorfer Fall jede Auskunft.

Einen sehr guten Eindruck erweckte der Angeklagte Meißner, der in schlichter, aber konsequenter Weise seinen Entwicklungsweg aufzeichnet. Meißner, der seit 1897 in der Arbeiterbewegung gestanden hat und durch die Politik der Sozialdemokratie verbittert geworden ist, schildert, wie er bei allen Kämpfen der Arbeiterschaft stets in vorderster Reihe gestanden hat. Ohne jede Schärfe weist Meißner nach, daß die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit nur im gewaltsamen Wege ausgefochten werden, daß das Gerede von dem Hineinwachsen in den Sozialismus nach dem Kriege zur hohlen Phrase geworden ist. Er, der vor dem Kriege getreu dem sozialdemokratischen Programm seine Pflicht erfüllt hat, mußte erleben, wie nach dem Zusammenbruch 1918 Schritt für Schritt seine Hoffnungen zertreten wurden. 1921 wurde ihm der 15jährige Sohn von der blutdürstigen Liste ermordet, während er selbst auf der Flucht war. Das Flüchtlingsleben mag viel dazu beigetragen haben, den Zorn gegen die bestehende „Ordnung" in ihm zu entfachen, und so wurde er auf dem Weg des individuellen Terrors getrieben. Die Begeisterung, die aus dem Proletarier spricht, mag wohl auch dem Gericht die Erkenntnis geben, daß es sich nicht um gewinnsüchtige Räuber hier handelt, sondern um Menschen, die ihrer Anschauung gemäß den Versuch unternahmen, aus der bestehenden Anordnung der kapitalistischen Verhältnisse geordnete Verhältnisse zu schaffen. Ueber die Art der Methoden läßt sich streiten, über die Ehrlichkeit revolutionären Handelns gibt es keinen Zweifel.

Die Verhandlung wurde auf Freitag vertag.

## Mitgliederversammlung DMV.

Die Funktionärsitzung am Mittwoch und die Mitgliederversammlung am Donnerstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm Kenntnis von den Verhandlungen über den Manteltarif und über die neuen Löhne. Die Kollegen gaben nach längerer Aussprache schließlich doch ihre Zustimmung. In der Einführung einer viertelstündigen Frühstückspause erblickten die Kollegen eine Beschneidung des Achtstundentages. Die neuen Löhne betragen vom 18. bis 30. Juni 5500 Mk., (Wertigkeitszulage für Facharbeiter in der Spitze von 410 Mk. für die Stunde); für Ungelernte ein Stundenlohn von 5377 Mk. (Wertigkeitszulage in der Spitze 284 Mk.); für Ungelernte 5254 Mk. (Wertigkeitszulage in der Spitze 208 Mark). Es wurden dann die neuen Forderungen aufgestellt, die einen Stundenlohn in Höhe von 10 000 Mk. vorsehen.

## Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

**Achtung, Dachdecker!** Am Sonnabend, dem 30. Juni, abends 8 Uhr, findet in der „Goldenen Kette", Alter Markt, eine außerordentliche Generalversammlung statt.

**Kommunistische Bauarbeiter und Bauhelfer!** Am Montag, dem 2. Juli, abends 7½ Uhr, findet im Mittelzimmer des „Volkspartes" eine wichtige Fraktionssitzung statt. Referent zur Stelle. Parteibuch legitimiert.

* **Zusammenstoß.** Am Donnerstag stieß in der Burgstraße ein Straßenbahnwagen der Linie 8 mit einem ihm auf den Schienen entgegenkommenden Handschiebewagen einer hiesigen Firma zusammen. Der Laufbursche, der den Handwagen schob, wurde durch den Anprall an einen Baum geschleudert und schwer verletzt. Er mußte nach dem Diakonissenhaus gebracht werden.

* **Zur Denkmalssprengung.** Ein 18jähriger Schneider, der sich an den Vorgängen, die zur Sprengung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals in der Poststraße führten, beteiligt hatte und der bisher flüchtig war, stellte sich am Mittwoch freiwillig der Polizei. Er wurde dem Amtsgericht zugeführt.

# Aus der Provinz

**Delitzsch.** Internationaler Bund aller Kriegsopfer. Sonnabend, den 30. Juni, abends 8 Uhr im „Lindenhof" Mitgliederversammlung. Alle Leidensgenossen werden gebeten zu erscheinen und sich bei uns zu organisieren.

**Eilenburg.** Achtung Metallarbeiter! Sonnabend, den 30. Juni abends 7½ Uhr im „Tivoli" Fraktionssitzung der KPD.-Metallarbeiter. Alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre werden hiermit eingeladen. Referent anwesend.

**Löbersdorf.** Eine öffentliche Volksversammlung findet am Sonnabendabend in unserem Orte statt. Genosse Rödel (Bitterfeld) wird sprechen über die politische Lage und unsere Verelendung. Arbeiter, erscheint zahlreich!

## Aus der Jugendbewegung

**An alle Gruppen der Unterbezirke Bitterfeld-Delitzsch, Wittenberg und Torgau-Liebenwerda.** Am Sonntag, dem 1. Juli, findet in Eilenburg eine Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre der oben genannten Unterbezirke statt. Tagesordnung: 1. Die Situation in den Gewerkschaften. 2. Die Arbeit der KJ. in Gewerkschaft, Betrieb und Schule. 3. Bildung der Betriebsfraktionen. An dieser Konferenz müssen teilnehmen alle Leiter der Ressorts „Wirtschaftlicher Kampf" in den Unterbezirken und Ortsgruppen. Ferner alle in den Gewerkschaften aktiv tätigen Genossen, sowie die Fraktionsleiter der KJ. Die Tagung beginnt am Sonntagvormittag 9 Uhr. Die Genossen werden von der Bahn abgeholt.

**Die Bezirksleitung der KJ., Halle-Merseburg.**

# Arbeiter-Sport

**Die Bundesmeisterschaft für Fußball im Arbeiter-Turn- und Sportbund wird am Sonntag, dem 1. Juli, auf dem Vorwärts-Sportplatz in Leipzig-Eutritzsch ausgetragen. Zu diesem größten Ereignis treffen sich als Gegner Allemania-Berlin, Meister des Elbeauenschen Verbandes, und 1. Mannschaft BV. Glösterig, Mittelsächsischer Verbandsmeister, Bundesmeister in den Jahren 1921 und 1922. Zum dritten Male hintereinander ist Glösterig in die Endrunde gekommen. Wird ihr zum dritten Male der große Wurf gelingen? In Allemania steht der Mannschaft ein sehr beachtenswerter, technisch hochstehender Gegner gegenüber. Daher ist der Ausgang durchaus ungewiß. Doch das ist auch ganz nebensächlich. Aber die Namen der Gegner bürgen dafür, daß technisch vollkommenster und ethisch und ästhetisch einwandfreiester Sport geboten wird, der der idealen Arbeiter-Sportbewegung zur höchsten Ehre gereicht und sich vorteilhaft abheben wird von den widerlichen Schauspielen, welche so viele Ligaspiele der bürgerlichen Organisation in ihrem selbstsüchtigen, ideallosen Punkthunger bieten. Die Arbeiter-Sportwelt und ihre Anhänger dürfen mit Recht auf das Spiel und seinen Ausgang gespannt sein.**

**Arbeiter-Turn- und Sportbund.**

**SJC. Viktoria.** Freitag, den 29. Juni, spielt Viktoria alte Herren gegen Minerva alte Herren um 5½ Uhr auf dem Sandanger. Viktoria spielt in folgender Aufstellung: Reke sen., Lemnitz, Ulrich, Karsdorf, Grünewald, Hallburg, Meier, Stockleim, Gurich, Pretsch, Mering. Am Sonntag, dem 1. Juli, Viktoria 1. gegen Teutonia 1 um 4 Uhr auf dem Sandanger. Viktoria spielt in alter Aufstellung. Die 2 und 3. Mannschaft spielt in Reideburg. Treffpunkt: 3. Mannschaft um 12 Uhr, 2. Mannschaft um 2 Uhr auf dem Marktplatz. Die 3. Mannschaft spielt in folgender Aufstellung: Meyer, Opunitz, Schubert, Werner, Pen, Schöne, Roth, Martenhof, Zieger, Hebel, Meyer 2. die 2. Mannschaft: Hebbas, Aberodh, Blome, Lüttich, Peukold, Pretsch, Marz, Jechel, Höpner, Gesting, Unfold. — Viktoria 1. unterlag in Forst gegen den dortigen Kreismeister mit 4:1. Viktoria war im Feld gleichwertig, nur infolge Verlagens seines Torhüters konnte Forst dieses Resultat erzielen. Am Mittwoch schlug Viktoria 1. den Bezirksmeister Lettin mit 4:1 und stellte damit seine Spielstärke weiter unter Beweis.**

**SJC. Minerva.** Sonnabend abend 8 Uhr Treffpunkt aller Minervaspieler bei Steiger (Südpol) und nicht, wie irrtümlich bekanntgegeben, in der „Erholung". Erscheinen aller aktiven und passiven Spieler ist Pflicht.

**SJC. Sportlust 07.** Sonntag 3 Uhr auf der Peißnitz: Trotha 1. gegen Sportlust 1. Treffpunkt 2.15 Uhr auf der Peißnitz.

**Sportklub 1909.** Am Sonntag, dem 24. Juni, errang beim Wettkreis in Diesdorf bei Magdeburg Max Kauff den ersten Preis und Ehrenpreis in der Klasse der mittleren Jugend; Erich Siebentopf den ersten und Ehrenpreis in der Klasse des leichten Federgewichts; Gustav Jakob den ersten und Ehrenpreis in der Klasse des Leichtgewichts. Es wird nochmals auf die am Sonntag, dem 1. Juli, stattfindende außerordentliche Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

**Turn- und Sportverein Fichte (Fußballabteilung).** Am Sonntag spielte Fichte 2. mit 9 Mann gegen Ballspielklub 2. mit 0:3. Mittwoch abend spielten auf dem Sportplatze Fichte 2. gegen Sportlust 2. mit 5:1. Heute abend im „Kollsport" um 8 Uhr Mannschaftsaufstellung. Alle aktiven und passiven Mitglieder müssen erscheinen, da sehr wichtige Angelegenheiten zu regeln sind. — Am Sonntag, dem 1. Juli, treffen sich alle Mitglieder um 1 Uhr am Weinberg zum Sportfest nach Dölau. Alles die Sportfliebung mitbringen. Am Donnerstag, dem 5. Juli, treffen sich alle technischen Ausschußmitglieder und Vorturner auf dem Platze. — Heute, Freitag, abend treffen sich die 1. und Jugend-Handballmannschaften auf dem Platze, um die Spiele gegen Zeme vorzubereiten.

## Internationale Arbeiterkinder-Woche

**Am Sonntag, dem 1. Juli, vormittags 9 Uhr,**

**demonstrieren alle Arbeiterkinder**

**auf dem Hallmarkt**

**gegen die nationalistische Verhetzung,**
**gegen die Prügelstrafe,**
**gegen Kinderelend und Kinderausbeutung.**

**Die Arbeiterkinder fordern:**

**Unentgeltliche Schulspeisung und unentgeltliche Schulmittel für alle Arbeiterkinder.**
**Freigabe von Schulräumen und Spielplätzen für alle Arbeiterkinder.**
**Arbeiteretern, Elternbeiräte, kämpft mit für die Forderungen der Arbeiterkinder!**

**Kommunistische Kindergruppe. Proletarische Kulturvereinigung. Arbeiter-Bildungsverein Trotha. Arbeiter-Schwimmverein. Kommunistische Jugend. Kommunistische Partei.**

Sonntag nachmittag ½2 Uhr Treffen auf dem Wettiner Platz, Hallmarkt und Rannischer Platz zum Wiesenfest auf der Bischofswiese.

Verantwortlich: Konrad Finkelmeier für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230629-14/fragment/page=0005

wird ... Als völlig ungenügend müssen wir bezeichnen, daß nur das 750 Hektar überschreitende Land enteignet werden soll. Es ist uns klar, daß der Reichstag in seiner Zusammensetzung selbst die wenigen Reformen des sozialdemokratischen Antrages niederstimmen wird. Die Lösung des Bodenreformproblems läßt sich aber nicht mehr aufschieben. Will also die SPD. nicht lediglich einen Agitationsantrag als Verdüngungspille präsentieren, sondern will sie, daß die Durchführung ihrer Forderungen im Interesse nicht nur der einzelnen Siedler und Pächter, sondern im Allgemeininteresse erreicht wird, dann darf sich die SPD. nicht begnügen mit dem Einbringen des Antrages im Reichstag, es müssen vielmehr alle Kräfte der schaffenden Bevölkerung wachgerufen werden und zur Durchführung eingesetzt werden. Wir schlagen deshalb vor, von allen Arbeiterparteien (SPD., USPD. und KPD.) sowie vom ADGB. und den ländlichen Interessenvertretungen (Reichsbund für Siedlung und Pachtung, Bund schaffender Landwirte, Reichsbund landwirtschaftlicher Kleinbetriebe) die Vertreter baldmöglichst zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen. Aufgabe dieser Körperschaft muß sein, die Maßnahmen zu beraten, um den Antrag durchzuführen. Notwendig ist, in gemeinsamen Versammlungen und Demonstrationen der gesamten arbeitenden Bevölkerung, der Regierung und den bürgerlichen Parteien den Willen des Volkes zum Bewußtsein zu bringen. Gemeinsame Ausschüsse in den Orten, Kreisen, Ländern müssen die Bewegung vorwärtstragen und für die größtmögliche Machtentfaltung der schaffenden Bevölkerung sorgen."

Es werden dann noch einige Abänderungsvorschläge zum Bodenreformantrag gemacht und zwar: Herabsetzung der Enteignungsgrenze, Verbilligung von Baumaterialen.

Wir können uns mit diesem Vorschlag des Bundes schaffender Landwirte vollkommen einverstanden erklären, wie auch mit dem in dem genannten Organ dem Brief an den Parteivorstand der SPD. hinzugefügtem Kommentar, welcher lautet:

„So wie wir für das ganze Reich die Bildung einer gemeinsamen Körperschaft aus Vertretern der Schaffenden fordern, so muß das in dem letzten Dorf ebenfalls durchgeführt werden. Gemeinsam stellen die Schaffenden in Stadt und Land eine solche Macht dar, die sagen kann: „Und wenn die Welt voll Teufel wär ..."

Hinzufügen müßen wir noch, daß zur Durchführung der berechtigten Forderungen der Siedler vor allem erforderlich ist, der Kampf der Arbeiter und schaffenden Bauern, um eine aus ihren Reihen hervorgehende Regierung.

•

**Kleinbauerntagung.** Eine am 19. und 20. Juni in Berlin tagende Vertreterversammlung des „Reichsverbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe", der zirka 100 000 Mitglieder umfaßt, erklärte seine Uebereinstimmung in den grundlegenden Fragen des Bodenreformantrages der VSPD. Es wurde beschlossen, bei Regierung und Parlament auf baldige Ueberführung des Programms in die Praxis zu drängen. Wenn der unter der Führung von Zentrumsleuten, Demokraten und Sozialdemokraten stehende RLK. nicht seine Mitglieder zum gemeinsamen Kampf an der Seite der Land- und Industriearbeiter für die aufgestellten Forderungen mobilisiert, werden sie eine elende Enttäuschung erleben.

## Kleinbauern, Pächter und Siedler!

Die Landarbeiter, Eure Berufskollegen, sind in vielen Bezirken des Reiches im Kampf gegen den Großgrundbesitz. Der Landarbeiter muß nun stellenweise zusehen, wie ein Teil von Euch Streikbrecherdienste leistet. Das ist verwerflich. Denkt Ihr nicht darüber nach, **daß der Kampf der Landarbeiter ein Kampf um ihre Existenz ist?** Seht Ihr nicht, daß es dieselben Großgrundbesitzer sind, die bei der Durchführung der Siedlungsfrage es lassen möchten, daß die Landarbeiter entlassen werden? Dieselben **Großgrundbesitzer,** welche, um **Euch kein Land geben** zu müssen, versuchen, die Landarbeiter gegen Euch aufzuwiegeln, sind es, die **Euch für die Streikbrecherarbeiten freiwillig mehr bezahlen,** wie die Landarbeiter fordern.

Deshalb warnen wir Euch, stellt sofort die Streikbrecherarbeit ein und begreift, daß wir nur im Verein mit der gesamten schaffenden Bevölkerung unsere Forderungen und Ziele erreichen können. Kann aber ein Schaffender im Reiche mit Euch noch sympathisieren, wenn Ihr als Streikbrecher denen in den Rücken fallt, auf die wir angewiesen sind, wenn wir unsere Forderungen durchdrücken wollen? Nun, sie können und werden es nicht mehr, wenn Ihr nicht sofort jede Streikbrecherarbeit aufgebt. Dadurch, daß Ihr zu einem Teil Streikbrecherarbeit geleistet habt, ist wieder der Beweis erbracht, daß Ihr selbst **nicht genug Land besitzt, um** sauernd auf Euer Scholle Arbeit zu haben. Wir müssen jetzt alle **Schaffenden aufrufen,** uns mitzuhelfen, daß Ihr durch die **Siedlung** soviel Land vom Großgrundbesitzer bekommt, daß Ihr in Zukunft nicht mehr auf Streikbrecherarbeit angewiesen seid.

Besorgt dieses, **stellt die Streikbrecherarbeit ein.** Euch kann auf eine anständige Art und Weise geholfen werden mit Unterstützung derjenigen, denen Ihr heute durch die Streikbrecherarbeit in den Rücken fallt.

**Bund schaffender Landwirte, Bezirk Schlesien**
Vorsitzender Brehm.

## Die Agrarkapitalisten „garantieren!"

Die Cuno-Regierung hat ein Angebot an die Ententemächte gerichtet, worin sie sich grundsätzlich zur Leistung von Reparationen an die Entente bereit erklärt. Die notwendigen Goldmilliarden dazu will die Cuno-Regierung aufbringen, indem sie die **Eisenbahnen und sonstige Staatsbesitze in die Hände der Kapitalisten ausliefert.**

Natürlich werden dabei die ganzen Goldmilliarden herausgeschunden aus der arbeitenden Bevölkerung, indem Post- und Eisenbahngebühren usw. mächtig in die Höhe geschraubt werden; indem die allgemeine Teuerung ins Grenzenlose gesteigert wird, währenddessen die Großkapitalisten den Besitz des Staates in ihre Tasche stecken und ein glänzendes Geschäft bei dieser Reparationspolitik machen. Als kleine Gegenleistung dafür wollen sie die „Garantie" für die Aufbringung der erforderlichen Summen teilweise übernehmen.

So hat am 4. Juni eine Vertreterversammlung des Reichslandbundes das Problem „eingehend erörtert". Die Vertreterversammlung „erkennt die Pflicht jeden Standes, für die Freiheit des deutschen Volkes auch die schwersten Opfer zu bringen". Dabei haben diese großagrarischen Landbündler sich darüber in Schweigen gehüllt, für welche Summe sie die Garantie übernehmen wollen. Dagegen haben sie als „schwerste Opfer" eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die in Folgendem enthalten sind:

„Die Landwirtschaft (lies Junker und Großbauern. D. R.) ist sich zugleich der Pflichten bewußt, die ihr als dem Nährstand des deutschen Volkes auf dem Gebiet der Ernährungssicherung und die ihr im Rahmen der Erhaltung der gesamten Wirtschaft obliegen. Aus diesen Pflichten ergeben sich gewisse Voraussetzungen für den Einsatz ihrer äußersten Leistungsbereitschaft. Diese Voraussetzungen erblickt die Vertreterversammlung auf wirtschaftlichem und innerpolitischem Gebiet in erster Linie darin, daß nicht der Immobiliarbesitz allein mit den Garantieleistungen belastet wird, daß für die Intensivierung landwirtschaftlicher Produktion jegliches Hindernis beseitigt wird und daß unbedingt die Gewähr für Ruhe und Ordnung im Innern geboten wird."

Na, die Töne sind uns bekannt! Sie wurden schon gesungen bei dem sogenannten „Hilfswerk der Landwirtschaft". In einfachem Deutsch lauten diese „schwersten Opfer" der Agrarkapitalisten folgendermaßen: **Wir verlangen von der Regierung Schutz vor Sachwerterfassung, Schutz gegen Enteignung von Land zur Siedlung für die landarmen Bauern und Siedler. Wir verlangen, daß die Regierung gegen jede Störung unserer grenzenlosen Mißwirtschaft einschreitet, daß sie uns weiterhin die schamloseste Ausbeutung der Landarbeiter garantiert, daß sie uns die Garantie gibt, daß Schutzpolizei, Reichswehr und Technische Nothilfe zur Niederschlagung von Landarbeiterstreiks zur Verfügung gestellt wird.**

Den Agrarkapitalisten gegenüber gilt das alte Wort: Wehe, wenn die Danaer Geschenke bringen! Die ganze Landarbeiterschaft muß energisch Front machen gegen die Absichten der Gutsbesitzer. Der DLB. darf nicht wieder seine Unterschrift dazu geben, wie damals beim Hilfswerk der Landwirtschaft. Kollegen, nehmt in Euren Gruppenversammlungen Stellung dazu und berichtet über Eure Stellungnahme an den „Klassenkampf", der in seiner neuen Beilage „Betreites Land" ein Organ für die Vertretung Eurer besonderen Interessen eintritt.

Macht sämtliche Kollegen auf die Gefahren aufmerksam und schließt eine einheitliche Kampffront zur Abwehr.

Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Cuno-Regierung, unter deren Regime französische Offiziere zur Niederschlagung deutscher Arbeiter angebettelt wurden, daß diese Regierung den agrarkapitalistischen Wünschen Rechnung trägt. Auch daran ist nicht zu zweifeln, daß die sozialdemokratischen Führer diese Regierung in ihrem Treiben unterstützt. Erst in den letzten Tagen haben diese VSPD.-Führer dafür wieder einen Beweis geliefert. Im Reichstag trumpften sie mit starken Worten auf, erhoben Anklage gegen die Cuno-Regierung. Als jedoch die kommunistische Fraktion mit einem Mißtrauensantrag gegen die Regierung auftrat, weigerten sich die VSPD.-Führer, dies zu unterstützen und stellten sich damit auf die Seite der Cuno-Regierung. Desto energischer muß die Arbeiterschaft für eine Arbeiter-Regierung eintreten.

## Wie Siedler über die Ohren gehauen werden

Aus Wilhelmsheide, Kreis Niederung (Ostpreußen) erhält die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" von einem Siedlerkontrollausschußmitglied folgende Mitteilung:

Der Forstfiskus in Jagen hat 193 Morgen und die Oberförsterei Wilhelmsbruch 56 Morgen Land, das bisher an kleine Leute verpachtet war, dem Kulturamt für Siedlungszwecke abgetreten. Wir Siedler haben am 22. September 1922 mit dem Kulturamt verhandelt und einen Kaufvertrag abgeschlossen, welcher lautet:

„Der Kaufpreis beträgt pro Hektar 8000 Mark; die halbe Kaufsumme ist am 1. Oktober 1922 zu leisten, die andere Hälfte am 1. April 1923."

Wir haben am 1. Oktober die fällige Hälfte bezahlt. Am 1. April 1923 hat man jedoch die andere Hälfte nicht eingezogen, sondern uns jetzt eine neue Rechnung zugestellt, nach der beinahe zwei Millionen pro Hektar bezahlt werden muß und soll. Die bereits bezahlte Hälfte ist ungefähr als ein Fünftel des jetzigen Preises angerechnet worden. Wir wissen nicht, wie wir das jetzt geforderte Geld aufbringen sollen und wären gezwungen, das Land wieder abzutreten, mit Verlust des bereits gezahlten Geldes. Das bedeutet unseren völligen Ruin.

Es liegt hier ein offenbarer Betrug an den Siedlern vor. Die Sache wird zunächst ein gerichtliches Nachspiel haben. Die Siedler, landarme Bauern, müssen erkennen, daß sie unter der kapitalistischen Herrschaft immer die Betrogenen sind, sie müssen erkennen, daß es notwendig ist, an der Seite der Arbeiterschaft für eine Regierung der Arbeiter und Kleinbauern zu kämpfen.

## Kommunistische Anträge im Preuß. Landtag

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, anzuordnen, daß den **kleinen Landwirten** mit einem Grundbesitz bis zu 40 Morgen gestattet wird, aus den großen Waldungen des Staates sowohl als auch des Privatbesitzes kostenlos soviel **Waldstreu** zu entnehmen, wie zur Aufrechterhaltung ihres Wirtschaftsbetriebes erforderlich ist.

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht,

1. das gesamte in den **Staatsforsten** zum Einschlag kommende **Bauholz den gemeinnützigen Wohnungsfürsorgeunternehmungen** und den Gemeinden zum Gestehungspreis überlassen;
2. das gesamte in den größeren **Privatwaldungen** gewonnene **Bau- und Nutzholz** zu **beschlagnahmen** und unter Ausschaltung jedes Zwischengewinns in der unter 1 bezeichneten Weise zur Verteilung zu bringen.

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, anzuordnen, daß **Beamte, die das Vereinigungsrecht der Forstarbeiter beeinträchtigen,** insbesondere Fettiebsräte oder gewerkschaftliche Vertrauensleute der Forstarbeiter an der Ausübung ihrer Rechte hindern oder gar maßregeln, rücksichtslos **aus dem Amte entfernt** werden.

## Wucherpachtzins

Wir erhielten folgende Mitteilung:

„Den Kleinbauern im Kreise Greifenhagen (in Pommern) wird für die Gartzer Wiesen pro Morgen und Jahr eine Million Mark Pachtzins abgefordert. Der Pachtzins soll dabei noch im voraus bezahlt werden. Da die kleinen Landwirte nicht in der Lage sind, diese hohen Pachtzinse zu bezahlen und auch nicht die teuren Futtermittelpreise aufbringen können, sind sie gezwungen, ihr Vieh zu verkaufen. Die Betroffenen waren bisher Mitglieder des Landbundes, sind nun ausgetreten, haben sich aber noch keiner wirklichen Interessenorganisation der Kleinlandwirte angeschlossen."

# Die Sowjetmacht und die Bauern

Von Ivon Jones

### Die Sozialisierung des Landes

Der russische Volkskommissar für Landwirtschaft, Kamenew, bezeichnet das neue Gesetz über die einheitliche Besteuerung der Landwirtschaft als den dritten großen Bundesvertrag zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft. Der erste Vertrag war jenes Gesetz der Oktober-Revolution, das den Bauern das Land gab. Dann kam 1921 die neue Wirtschaftspolitik mit der Naturalsteuer, und nun folgt die einheitliche Landwirtschaftssteuer. Wer sich immer noch von utopistischen Vorstellungen über den Sozialismus beherrschen läßt, wird in diesen drei Maßregeln drei Etappen des Rückganges der Revolution erblicken. Für den kleinbürgerlichen Sozialisten ist der Geldverleiher der Hauptfeind und das Geld ist die Wurzel alles Uebels. Für solche Leute bedeutet der Uebergang der Sowjetwirtschaft vom System des Warenaustausches zum Geldsystem einen Rückschritt auf dem Wege des Sozialismus. Aber die erste Periode der neuen Wirtschaftspolitik hat den Kommunisten gezeigt, daß das Geldsystem, wenn ein proletarischer Staat es kontrolliert, außerordentlich nützlich sein kann. Ohne das Geld ist ein genaueres System der Buchführung und der Kontrolle nicht möglich. Wenn das Geld und das ganze Bank- und Steuerwesen, das damit zusammenhängt, unter einer kapitalistischen Herrschaft ein Organ der kapitalistischen Akkumulation ist und zur Bildung großer Trusts führt, die Millionen von Menschen ausbeuten — so ist das Geld im proletarischen Staat mit Hilfe der Sowjetindustrie, der Sowjetbanken und Sowjetsteuern ein Organ der sozialistischen Akkumulation, d. h., es leitet alle entstehenden Ueberschüsse in den Dienst des Proletariats. Kürzlich kam nach Moskau eine Deputation von einer landwirtschaftlichen Kommune in Sibirien. Die Deputation ging zum Volkskommissariat für Landwirtschaft und wies nach, daß ihre Genossenschaft unter den Folgen der großen Hungersnot sehr gelitten hatte. Das Volkskommissariat für Landwirtschaft hat nun dieser Kommune einen Scheck auf die Staatsbank ausgestellt, für eine Anleihe an die Genossenschaft, die durch das bewegliche Eigentum der Kommune gedeckt ist. Dadurch wird die Genossenschaft in die Lage versetzt, Bauten und Bewässerungsanlagen herzustellen, die das Einkommen der Kommune verfünfachen können. Das ist ein Beispiel dafür, in welcher Weise die Sowjetfinanz die sozialistische Produktion fördern kann.

Die Hoffnung der ärmeren Bauernschaft liegt in der Erringung der Landbewirtschaftung durch Kommunen und Genossenschaften. In diesem Sinne wird der ganze Regierungsapparat mit seinen Finanzen, Banken, Konsumgenossenschaften usw. eingesetzt. All dies steht den armen Bauern zur Verfügung, sobald sie sich dazu entraffen, ihre alte individualistische Produktionsform aufzugeben und vorwärts zu gehen. Die Klasse der Kulaken ist am stärksten in der Ukraine. Aber gerade dort hat bereits die genossenschaftliche Landbewirtschaftung einen mächtigen Aufschwung genommen. Die „Pravda" berichtete im letzten März, daß in der Ukraine die Zahl der landwirtschaftlichen Kommunen bereits 4000 beträgt.

Aber das freie Land bleibt eine Phantasie ohne die Diktatur des Proletariats. Unter einer Regierung von Bonkleuten, oder auch unter einer Bauernregierung würde „freies Land" nur die Freiheit bedeuten, das Land an irgendeinen Geldverleiher zu verpfänden oder überhaupt an Kapitalisten zu verkaufen. Marx schildert in seinen „18. Brumaire", wie die französische Bauernschaft zum Schuldner der Pariser Finanzleute wurde, und wie sie alles tun mußte, was die Pariser Kapitalisten ihr befahlen. Es ist also klar, daß der Bauer nur frei bleiben kann, wenn er sich auf das Proletariat stützt. Die Landgesetze Sowjet-Rußlands verbieten jeden Verkauf und jede Verpfändung von Land. Derartige Geschäfte sind nicht nur ungültig, sondern wer sie abschließt, macht sich strafbar. Ebenso ist es unmöglich, daß ein Bauer irgendwelche Ansprüche auf Land, die er als Mitglied einer Dorfgenossenschaft hat, an irgendeine andere Person abtreten kann. Die neue Bourgeoisie möchte sich sehr gern auf dem Lande festsetzen, aber sobald ein „Nep"-Mann einem Bauern eine Hypothek gewährt, verstößt er gegen den Grundsatz vom gesellschaftlichen Eigentum am Land. Kein Gericht in Sowjet-Rußland würde einen solchen Vertrag anerkennen. Aber der Bauer braucht doch Kredit. Deshalb tritt die proletarische Regierung an die Stelle des Geldverleihers durch die Bildung von Bauerntreditbanken, mit einem Kapital von Millionen von Goldrubeln. Die meisten Aktien dieser Banken gehören dem Staat. Außerdem haben diese Banken Einlagen aus den Ersparnissen der Bauern und der „Nep"-Leute, die auf diese Weise zum Nutzen des Sowjetsystems mit herangezogen werden.

### Die neue Einheitssteuer für die Landwirtschaft

Die Moskauer Zeitungen bringen jetzt täglich Berichte über die Aussichten der neuen Ernte, die immer günstiger werden, je weiter der Sommer vorrückt. Die Ernte dieses Jahres kommt unter vollkommen neuen Bedingungen zustande. Ein neuer Geist erfüllt das Dorf. Neue Beziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen städtischem Proletariat und Bauernschaft sind angebahnt. Es war Lenin selbst, der zu Beginn dieses Jahres zeigte, wie die Verbindung zwischen Proletariat und Bauernschaft gestärkt werden könne. Er schlug vor, daß jede Parteiorganisation in den Städten die Verantwortung für die kulturellen Bedürfnisse eines Dorfes oder Kreises übernehmen solle. Dieser Gedanke ist seitdem in sehr weitem Umfange aufgenommen worden. Nicht nur Ortsgruppen der Partei, sondern auch Fabriken haben ihre Dörfer adoptiert", denen sie Bücher, Zeitungen, Propagandamaterial liefern, die Pflüge ausbessern usw. „Smytschka", Lenins Ausdruck für die „Verbindung" mit der Bauernschaft, ist zu einer allgemeinen Parole geworden. Wenn jetzt Arbeiter zu ihrem gewohnten Urlaub aufs Land hinausgehen, dann gibt ihnen ihr Gewerkschaftssekretariat Propagandamaterial zur Aufklärung über die neue einheitliche landwirtschaftliche Steuer mit.

Vor kurzem wies Trotzki auf die schwierige Lage der Bauern hin, angesichts des niedrigen Brotpreises im Vergleich zu den Preisen der Industrieprodukte. Trotzki erklärte, daß die ideologische „Smytschka" eine ökonomische Grundlage haben müsse. Diese ökonomische Grundlage ist jetzt außerordentlich befestigt worden durch die Verordnung über die Vereinheitlichung sämtlicher Steuern, die die Bauernschaft zu tragen hatte, zu der einen landwirtschaftlichen Steuer.

Bis zu dem 12. Parteitag der Kommunistischen Partei hatten die Bauern neben der Naturalsteuer noch eine Anzahl anderer Steuern für kommunale und Landeszwecke aufzubringen. Die Bauern klagten darüber, daß die Ernte nur einmal im Jahre sei, aber der Steuereintreiber käme immerzu. Dieses erzeugte bei ihnen ziemliches Unbehagen und eine gewisse Unzufriedenheit. Der Parteitag bekannte sich zu dem Grundsatz der einen einheitlichen Steuer. Im Anschluß daran erschien die Regierungsverordnung, die diese Steuer einführte. Der Bauer hat jetzt nur einmal im Jahre, nach der Ernte, Steuern zu zahlen. Jede sonstige Besteuerung der Bauernschaft ist für gesetzwidrig erklärt worden. Gewisse Prozente des Steuerertrages verbleiben den Provinz-Sowjets zum Unterhalt ihrer Schulen, Krankenhäuser, Brücken und Wege. Die neue Steuer ist jetzt ihrem Wesen nach keine Naturalsteuer mehr. Jeder Bauer kann die Steuern auch in Geld bezahlen, gemäß dem amtlich festgesetzten Preis für Weizen und Roggen. Aber ausgeschrieben wird die Steuer in Weizen- und Roggeneinheiten, je nach der Getreideart, die in der betreffenden Gegend gebaut wird. In einzelnen Bezirken wird die Steuer nur in Geld erhoben, nämlich in Industriegegenden, wo der Bauer schnell seine Ernte verkaufen kann. Andere Provinzen werden die Steuern teils in Geld und teils in Naturalien aufbringen. So ist die Entwicklung eingeleitet zu der allgemeinen Zahlung der Steuer in Geld. Vorübergehend ist freilich ein gewisser Steuerertrag in Naturalien immer noch erforderlich, um den Bedarf für die Rote Armee und die Kinderheime zu decken, damit die Regierung es nicht nötig hat, auf dem Lebensmittelmarkt als Käufer aufzutreten. Die Naturalsteuer brachte einen gewissen Zwang für die Bauern mit sich, gerade die Produkte zu erzeugen, die von der Regierung gefordert wurden. Die neue Verordnung hat jeglichen Zwang dieser Art beseitigt. Der Bauer kann ohne weiteres das anbauen, was für ihn am gewinnbringendsten ist.

Die Verordnung über die neue einheitliche Steuer geht von dem Grundsatz der Zahlungsfähigkeit aus. Je nach ihrer Zahlungsfähigkeit sind 396 Gruppen von Steuerzahlern gebildet worden. Dies erscheint sehr verwickelt, aber der Grundsatz, nach dem verfahren wird, ist so einfach, daß jeder Bauer aus der tabellarischen Darstellung der Steuer sofort entnehmen kann, zu welcher Gruppe er gehört. Zunächst beschäftigt sich die Verordnung mit der Zahl der Esser in einer Familie, d. h. die Steuer ist um so kleiner, je größer die Zahl der Esser ist, die auf einen Morgen Land kommt. So ergeben sich neun Steuerstufen, beginnend mit Bauerngütern, wo schon auf ¼ Morgen ein Esser kommt, bis zu Gütern, wo auf drei und mehr Morgen erst ein Esser entfällt.

Dann kommen vier andere Abteilungen: arme Bauern ohne Arbeitstiere oder Hornvieh zahlen weniger; Spalte 1 in der Steuertabelle gilt den Bauern ohne Hornvieh, Spalte 2 denen mit einer Kuh usw. So ergeben sich zunächst 9 × 4 = 36 Gruppen von Steuerzahlern.

Es gibt die Möglichkeit, daß die Ernte gut ist und daß die Ernte schlecht ist. Man kann daher von einem Morgen Land nicht ebensoviel Steuern erheben bei schlechter wie bei guter Ernte. Man hat deshalb 11 Abstufungen der Ernte festgelegt. Sie beginnen mit dem Ernteertrag von bis zu 25 Pud für den Morgen und gehen bis zu einem Ernteertrag von 101 Pud für den Morgen Land. Jede der oben genannten 36 Gruppen ist also in 11 verschiedenen Formen möglich, so daß im ganzen 36 × 11 = 396 Abstufungen der Steuerzahler vorhanden sind. Man sieht aus der Steuertabelle sofort, daß z. B. eine Familie ohne Vieh, bei der auf den Esser nur ein halber Morgen kommt, und wo der Ernteertrag für den Morgen geringer als 25 Pud ist, überhaupt keine Steuern zu zahlen hat. Eine Familie, bei der auf den Esser nur ein viertel Morgen Land kommt, ist bis zu einer Ernte von 45 Pud für den Morgen steuerfrei. Wenn dieselbe Familie sogar eine Ernte von 50 Pud auf den Morgen erzielt, so braucht sie für den Morgen nur 10 Pfund Roggen Steuern zu zahlen. Dagegen müßte eine Nachbarfamilie bei demselben Ernteertrag, aber mehr als vier Kühen, und wo mehr als drei Morgen auf jeden Esser kommen, eine Steuer von 13 Pud und 25 Pfund für den Morgen bezahlen.

Die höchste Steuer, die die ärmste Gruppe zu zahlen hat, ist 5 Pud auf den Morgen. Dieser Steuersatz ist zu entrichten, falls die Ernte über 100 Pud auf den Morgen beträgt. Bei derselben Ernte hätte die reichste Gruppe eine Steuer von 25 Pud und 10 Pfund für den Morgen zu zahlen, d. h. etwa ein Viertel der Ernte. Man darf nicht vergessen, daß diese Abgabe ja nicht nur Steuer, sondern auch Grundrente ist, da der Grund und Boden dem Volk als Ganzem gehört.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230629-14/fragment/page=0006

# Befreites Land

## Arbeiter- und Bauern-Regierung

Von H. Rau.

Teile und herrsche — ist ein alter Wahlspruch der herrschenden Ausbeuterklasse. Die kapitalistische Klasse hat es bis auf den heutigen Tag verstanden, einen Gegensatz zwischen Arbeitern und kleinen Bauern zu erzeugen. „Der Bauer wuchert Dich aus, Arbeiter!" ruft die industriekapitalistische Presse dem Proletariat zu. „Der Arbeiter will Dir Dein Land wegnehmen, Dich von Haus und Hof jagen!" erklärt der Gutsbesitzer, die Landbundpresse, den kleinen Bauern.

Der Arbeiter und der kleine Bauer sind dabei die Dummen. Sie lassen sich von den Kapitalisten gegeneinander hetzen zum Nutzen der kapitalistischen Herrschaft, zur Verewigung der Ausbeutung und Bewucherung der Arbeiter und kleinen Bauern durch die Industrie- und Agrarkapitalisten. Das darf nicht länger sein! **Die Einheitsfront der Arbeiter und Kleinbauern gegen die Ausbeuter muß hergestellt werden.** Das ist eine der vornehmsten Aufgaben der Kommunistischen Partei. Diese Aufgabe soll auch mit erfüllt werden durch diese jetzt von uns eingeführte Beilage.

Die gewaltige Teuerung, die heute zu verzeichnen ist, hat die Not, das Elend in den armseligen Hütten des Landproletariats ins Unermeßliche gesteigert. Der Lohn reicht nicht aus, um nur das Allernotwendigste zu beschaffen. Kleidung und Schuhwerk ist zerfetzt. Neubeschaffung ist bei den erbärmlichen Löhnen zur Unmöglichkeit geworden. Die Löhne reichen nicht einmal aus, um genügend Affenfett zum trockenen Brot zu kaufen. Dabei wird die Arbeitszeit mehr und mehr verlängert. Krankheit, Siechtum sind die Folgen.

Die verbrecherische kapitalistische Kriegs- und Nachkriegspolitik, wie vor allem auch die Folgen des kapitalistischen Ruhrmanövers wirkt sich auch in starkem Maße auf die landarme Bauernschaft aus. Der Staat verlangt hohe Steuern, und zwar drei- und viermal so hohe pro Flächeneinheit, als beim Großgrundbesitzer. Die Gutsbesitzer wälzen nicht nur ihre geringen Steuern einesteils durch Wucherpreise auf die Arbeiter ab, sondern andererseits auch auf die Kleinbauern durch Erhöhung der Pachtzinse, Erhöhung der Preise für Streu- und Futtermittel, die der Kleinbauer infolge seiner geringen Landfläche und verhältnismäßig großen Viehhaltung zu kaufen gezwungen ist. Die Gutsbesitzer sind nicht zufrieden allein mit der Abwälzung ihrer Steuern. Ihre Profitgier wird täglich größer. Während das arbeitende Volk im Elend versinkt, machen sie immer größere Luxusansprüche auf Kosten der Arbeiter und kleinen Bauern.

Ebenso wird der Kleinbauer bewuchert von den Industriekapitalisten. Die Preise für Düngemittel, für Kohle, für Geräte, Maschinen, für Kolonialwaren, kurz für alle Wirtschafts- und Haushaltungsgegenstände, sind für den Kleinbauer unerschwinglich. Dies zwingt den Kleinbauern direkt hohe Preise auch für seine Erzeugnisse, soweit er sie auf den Markt bringen kann, zu fordern. Das ist der Fluch der kapitalistischen Wirtschaft.

Wie kann der Landarbeiter und wie der Kleinbauer diese erbärmlichen Zustände ändern?

Die Landarbeiterschaft muß vor allen Dingen gegenüber den gut organisierten Gutsbesitzern sich selbst eng zusammenschließen. Hier darf nicht verschwiegen werden, daß die Landarbeiterschaft heute nicht in einheitlicher Kampffront steht, sondern zersplittert ist. Diese Zersplitterung ist nicht zuletzt Schuld der verräterischen arbeitsgemeinschaftlichen Politik, die mittels einer standalösen Willkürherrschaft über die Mitglieder von der Bureaukratie des Deutschen Landarbeiterverbandes betrieben wird.

Die Herstellung einer festgefügten Landarbeiterfront erfordert den Kampf um die Beseitigung dieser Bureaukratie und ihrer Politik. Hinaus mit verräterischen Führern aus den Reihen der Landarbeiterschaft und enger Zusammenschluß aller Landarbeiter und Landarbeiterinnen zum Kampf um höhere Löhne, zunächst um Löhne, die den Vorkriegslöhnen entsprechen, zum Kampf um bessere Wohnungsverhältnisse, zum Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Landarbeiterschaft muß sich aber klar sein darüber, daß nur dann die Folgen der kapitalistischen Bankrottwirtschaft auf die Schultern der Großgrundbesitzer, Fabrikanten, Bankiers abgewälzt werden können, wenn die Herrschaft der Kapitalisten gebrochen wird, wenn sie von der Regierung hinweggefegt werden und wenn **die Arbeiter zusammen mit den kleinen Bauern die Regierungsgewalt in die Hände nehmen.**

Das ist die Voraussetzung dazu, daß die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft endgültig beseitigt wird, indem die Großgrundbesitze, Fabriken, Bergwerke in die Hände des arbeitenden Volkes übergeführt werden. Hundertmal recht hat Friedrich Engels, der sozialistische Vorkämpfer, wenn er im Vorwort zu „Der deutsche Bauernkrieg" erklärt:

„Die Landarbeiter können aus ihrem scheußlichen Elend nur erlöst werden, wenn vor allem ihr Hauptarbeitsgegenstand, das Land selbst, dem Privatbesitz der großen Bauern und noch größeren Feudalherren entzogen und in gesellschaftliches Eigentum verwandelt und genossenschaftlich von Landarbeitern für ihre gemeinsame Rechnung bebaut wird."

Die Ueberführung der großen Grundbesitze in gesellschaftliche in gesellschaftliches Eigentum ermöglicht auch die Abgabe von soviel Land an die kleinen, landarmen Bauern, daß sie eine **selbständige Ackernahrung** haben, wovon ihre Familie existieren kann.

Die landarme Bauernschaft muß sich klar darüber sein, daß die Kapitalisten, die Großgrundbesitzer und Industriekönige mit ihrer Regierung und ihren faszistischen Horden mit Waffengewalt sich gegen die Enteignung von Land in dem Maße, wie es notwendig wäre zu Siedlungszwecken, wehren werden. Mit Waffengewalt werden sie die Aussaugung und Bewucherung auch des kleinen Bauern aufrechterhalten; ja, sie werden sie verschärfen in einem Maße, daß der kleine Bauer für seine wenigen Produkte, die er auf den Markt bringen kann (selbst wenn er dieselben Preise fordert, wie die Großgrundbesitzer), unabwendbar in die Verschuldung getrieben wird.

Verschuldung bedeutet für den Kleinbauer die Auslieferung in die Hände der Gläubiger, der Großgrundbesitzer und Bankiers. Dahin führt die Einheitsfront mit den Gutsbesitzern, die unter der Parole: „Freier Bauer, auf freier Scholle" zum Teil leider besteht. Jawohl, **die Großgrundbesitzer werden den kleinen Bauer von seiner Scholle befreien!** Kann er die ihm gewährten Kredite nicht zurückbezahlen, wird der Großgrundbesitzer den Hof, das Haus, die Felder des Kleinbauern an sich reißen. Das bringt die Einheitsfront mit den Gutsbesitzern. Die Frage steht nun so: Entweder wird der Kleinbauer enteignet, der Arbeiter noch mehr verelendet durch die Kapitalisten, oder die Kapitalisten werden enteignet durch die Kleinbauern und Arbeiter.

Darum, Kleinbauer, ist Dein Platz an der Seite des Arbeiters **zum Kampf gegen die Großgrundbesitzer und Industriekapitalisten** und ihre Regierung. Nur gemeinsam werdet Ihr in der Lage sein, **die kapitalistische Herrschaft zu brechen; in gemeinsamem Kampf werdet Ihr Euch die Herrschaft, das Selbstbestimmungsrecht über die Politik und Wirtschaft erringen.**

In gegenseitigem Austausch der Produkte zwischen der von der Industriearbeiterschaft übernommenen Industrie und der von den Landarbeitern und Kleinbauern übernommenen Landwirtschaft, liegt die einzige Möglichkeit, um der Teuerung, der Verelendung ein entschiedenes „Halt" zu gebieten.

**Land- und Industrieproletariat und Kleinbauernschaft, bildet eine Einheitsfront zum Kampf um eine Arbeiter-Regierung!**

## Die Landsklaven erheben sich

Lawinenartig breiten sich zurzeit in Deutschland unter den Landarbeitern Lohnstreiks aus. Die Agrarkapitalisten haben die Geduld der Landarbeiter überschätzt. Sie haben aber auch die Rückwirkungen der Niederlagen überschätzt, die die Landarbeiterschaft Deutschlands in fast allen Kämpfen des letzten Jahres dank des verräterischen Verhaltens der reformistischen Bureaukratie des „Deutschen Landarbeiterverbandes" (DLV.) erlitten haben. Obwohl dadurch der DLV. im Jahre 1922 ein Drittel seiner Mitglieder verlor — von mehr als 600 000 Mitgliedern sank er auf rund 400 000 herab — zeigen die jetzigen Streiks, daß der **Kampfwille und die Kampfentschlossenheit des deutschen Landproletariats keineswegs gebrochen sind.** Wir verkennen dabei nicht, daß die jetzigen Streiks der Landarbeiterschaft zu einem Teil direkte Verzweiflungskämpfe sind.

Die Abwälzung der Kriegslasten, der Lasten der kapitalistischen Nachkriegs-Bankrottwirtschaft, einschl. der rapid zugenommenen Schuldenlasten des Staates infolge des Ruhrmanövers hat die Landarbeiterschaft nicht allein durch die, mittels der indirekten Steuern, Eisenbahnfrachtpreis-Erhöhungen usw., beschleunigte ungeheure Teuerung zu fühlen, sondern auch direkt durch **Erhöhung der Steuerabzüge.**

Die Bewertung der Naturalien zur Einkommensteuer erfolgte in diesem Jahre in einem solchen Maße, daß viele Landarbeiter nicht nur überhaupt keinen Barlohn erhielten, sondern nach Wochenende noch Geld **mitbringen** mußten, um alle Steuern sowie die erhöhten Kranken- und Invalidenkassenbeiträge bezahlen zu können. Das erforderte Verkauf eines Teiles der ohnehin kaum ausreichenden Naturalien. In besonders starkem Maße trifft das zu auf die Provinzen Schlesien, Ostpreußen, Pommern und auch auf Mecklenburg.

Der größte Kampf der Landarbeiter spielt sich zunächst in der Provinz Schlesien ab. Es ist notwendig, auf die dortigen Vorgänge etwas näher einzugehen, weil sie in krasser Weise den Bankrott der Arbeitsgemeinschaftspolitik aufdecken und weil der jetzige Kampf für die Landarbeiterbewegung eindeutiger als je die Frage stellt: **Arbeitsgemeinschaftspolitik oder revolutionärer Klassenkampf?**

Vom 15. Februar bis 26. Mai 1923 erhielt die schlesische Landarbeiterschaft keine Lohnerhöhung. Die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie ließ sich in der Zwischenzeit bei Lohnverhandlungen von den Gutsbesitzern mit geradezu lächerlichen Argumenten abspeisen, wie: „Der Teuerungsindex liegt noch nicht vor", oder „es ist keine Teuerungssteigerung zu verzeichnen".

Dabei konnte sich jeder dieser Strategen ohne Teuerungsindex an den Preisen von jedem Ei, jedem Hosenknopf überzeugen, daß sie um das Drei- und Vierfache gestiegen waren. Den Landarbeitern gegenüber sangen die DLV.-Bureaukraten in Fisteltönen Lieder über ihre Energie, über ihre Entschlossenheit, die Gutsbesitzer zu Zugeständnissen zu zwingen, wenn es nicht anders ginge, auch durch Streik. Zugleich wurde den Landarbeitern gesagt, sie sollen sich bis zur nächsten Lohnverhandlung noch gedulden. Die Reformisten können dabei zweifellos den Erfolg buchen, während der Bestellzeit die Landarbeiter vom Kampf abgehalten zu haben. Dies entspricht ganz und gar der arbeitsgemeinschaftlichen Politik **und lag vor allem auch in der Linie der Burgfriedenspolitik der VSPD.**

Bei den Lohnverhandlungen am 26. Mai erhielten die Landarbeiter die „gewaltige Lohnerhöhung" von 80 Mk. (!) pro Stunde für einen verheirateten vollwertigen Arbeiter. 80 Mark sind ungefähr vier Tausendstel Goldpfennig. Dieser „Lohnerhöhung" stimmten die DLV.-Bureaukraten mit der ausdrücklichen Bemerkung zu, daß „sie einen allgemeinen Landarbeiterstreik in Schlesien verhindern wollten".

Ein daraufhin spontan ausgebrochener Streik im Kreis Striegau (Schlesien) wurde mit einem Betrug abgewürgt. Den Landarbeitern wurde von den Bureaukraten erklärt, die Verhandlungen hätten eine einmalige Notbeihilfe in Höhe von 30 000 bis 50 000 Mark ergeben. Hinterher stellte sich heraus, daß es sich lediglich um einen rückzahlbaren Vorschuß gehandelt hat. Zur gleichen Zeit, da dieser kleine Streik abgewürgt wurde, traten aber 14 Kreise ebenso spontan gegen den Willen der DLV.-Bureaukratie in den Streik. Ihnen schlossen sich kurz darauf vier weitere Kreise an. Die Gewerkschaftsbureaukratie sah sich infolge dieser Massenbewegung gezwungen, den Streik anzuerkennen und den **Generalstreik** in Schlesien zu proklamieren.

Die widerwillig von der DLV.-Bureaukratie übernommene Streikleitung zeigt zum Schaden der streikenden Landarbeiter eine große **Zwiespältigkeit.** Mit dem Aufruf zum Generalstreik, in dem aufgefordert wird, auszuhalten „bis eine zentrale Verhandlung die Lohnverhältnisse für die Provinz regelt", gab die Streikleitung ein Rundschreiben an die einzelnen Ortsgruppenleitungen heraus. Darin wird aufgefordert, einzeln mit den Arbeitgebern zu verhandeln, und zwar über folgende ungenügende Forderungen: Vervierfachung der Februar-Barlöhne, einmalige Beihilfe in Höhe eines Monats-Barlohnes, Gewährung der Naturalien für die Streiktage, keine Entlassungen infolge des Streikes.

Diese Einzelahmachungen bedeuten praktisch einen Weg zur Durchlöcherung des Generalstreiks. Die Streikenden verlangen in verschiedenen Kreisen, als Generalforderung aufzustellen: Erhöhung des wertbeständigen Naturallohnes um vier Zentner Getreide und ähnliches, außerdem soll die Streikleitung im ganzen Bezirk die Einstellung der Notstandsarbeiten veranlassen. Letzteres wäre um so notwendiger, da die Bestellzeit vorüber, die Getreideernte noch nicht heran ist und da, trotz des sozialdemokratischen Innenministers, Herrn Severing, die staatliche Streikbrechergarde, teilweise unter Schutz der Schutzpolizei, eingesetzt wurde. **Die Streikleitung lehnt die Einstellung der Notstandsarbeiten** ab, ja teilweise werden die Landarbeiter sogar aufgefordert, die einzige, neben der Viehpflege, jetzt besonders drängende Arbeit, das Verziehen der Rüben, als Notstandsarbeit auszuführen. Wenn trotz der bisher nur von den schlesischen Industriearbeitern erfolgten geringen finanziellen Streikunterstützung und trotz der Zwiespältigkeit der Streikführung der Kampf täglich an Ausdehnung gewinnt; wenn dieser Kampf schon auf Forstarbeiter und auf die oberschlesischen Landarbeiter übergesprungen ist; wenn in einzelnen Kreisen die Landarbeiter selbständig die Notstandsarbeiten eingestellt haben; wenn sie die auftretenden faszistischen Banden formgerecht verprügeln und entwaffnen — so zeigt das den heroischen Kampfwillen der Mehrzahl der über 100 000 streikenden Landarbeiter Schlesiens. Das ist auch ein gewisses Unterpfand für eine **siegreiche Beendigung des schlesischen Landarbeiterstreiks.** Das hält auch die Streikleitung vor einem offenen Verrat an den Streikenden, der zugleich die Zerschlagung der dortigen freigewerkschaftlichen Landarbeiterorganisation bedeuten würde, zurück. **Der Kampfwille der großen Masse der schlesischen Landarbeiter zwingt die arbeitsgemeinschaftlichen DLV.-Bureaukraten, abzuweichen von ihrer arbeitsgemeinschaftlichen Politik und von dem gegenwärtig verstärkten Burgfriedensinteresse der VSPD.** Daraus erklärt sich die zwiespältige Haltung der Streikleitung.

Die Hauptaufgabe der kommunistischen Arbeit besteht in der Stärkung und Belebung der Streikfront. Veranstaltung von Versammlungen, von Demonstrationen der Streikenden, neben der Aufrufung der Industriearbeiter zur moralischen und finanziellen Unterstützung der Klassengenossen auf dem Lande, wirken belebend auf den Geist der Landarbeiter und bringen sie mit der Kommunistischen Partei in engere Verbindung als bisher. Eine Hauptarbeit wird von uns Kommunisten auch unter den Anhängern des Streikbrecher-Propaganda treibenden deutschnationalen Landarbeiterverbandes geleistet, und zwar mit gutem Erfolg. Nicht nur Uebertritte zum DLV., Teilnahme am Streik, sondern auch Gründung kommunistischer Landarbeiter-Ortsgruppen sind das Resultat.

Einen nicht minder großen Kräfteaufwand erfordert der (neben kleineren Streiks in Pommern und auf den verpachteten Gütern der Stadt Berlin) in Ostpreußen ausgebrochene Landarbeiterstreik. Dort stehen, nachdem in einem Kreise der Kreis abgebrochen wurde, sechs Landarbeiterkreise im Kampf. Nur in einem Kreise anerkennt die DLV.-Bureaukratie den Streik; in den übrigen fünf wird er als „wild" erklärt. Die Lage der ostpreußischen Landarbeiterschaft ist ebenso elend, wie die der schlesischen. Die DLV.-Bureaukratie fürchtet, auch dort zum Generalstreik getrieben werden zu können. **Um nicht auch dort in Konflikt mit ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik und mit der direkten und indirekten Koalitionspolitik der VSPD. zu kommen, verraten sie von vornherein die dortigen Landarbeiter.** Der VSPD.-Landrat Kahl ließ sofort Technische Nothilfe einsetzen; der Einsatz von Schupo und Reichswehr wurde angedroht. Die Gutsbesitzer werben Streikbrecher unter den städtischen Erwerbslosen, außerdem wird versucht, **polnische** Arbeiter zu Nutz und Frommen der kerndeutschen ostpreußischen Jungergeldbeutel heranzuziehen.

Die Landarbeiter haben aus dem Verrat der DLV.-Bureaukratie die durchaus richtige Folgerung gezogen und wählen zur Leitung ihres Kampfes aus ihrer Mitte neue Kreisleitungen. Die Kommunistische Partei, wie auch der Provinzausschuß der Betriebsräte, haben sich an die Industriearbeiterschaft mit der Aufforderung um moralische und finanzielle Hilfe gewandt. Darüber hinaus setzt die Kommunistische Partei in Ostpreußen alle Kräfte ein, um die organisatorischen und agitatorischen Arbeiten in diesem Kampf gemeinsam mit den Streikenden Landarbeitern zu bewältigen und eine zentrale Leitung zu schaffen. In richtiger Erkenntnis der zurzeit notwendigen Maßnahmen wurde bereits mit einer Verschärfung des Kampfes durch Einstellung der Notstandsarbeiten eingesetzt. Die ostpreußischen Landarbeiter Landarbeiter haben gegenüber den gut organisierten Junkern einen äußerst harten Kampf zu bestehen.

Die insgesamt in Deutschland augenblicklich etwa 150 000 streikenden Landarbeiter sind ein drohendes Wahrzeichen gegen die kapitalistische Herrschaft. **Das Landproletariat Deutschlands nähert sich enger und fester als bisher der Seite des kämpfenden revolutionären Industrieproletariats.**

## Schupo und bewaffnete Faszisten gegen streikende Landarbeiter

Allein im Kreise Niederung (Ostpreußen) sind gegen die streikenden Landarbeiter zirka 2000 Schupobeamte und 500 staatliche Streikbrecher, sogenannte Technische Nothilfe eingesetzt. Versammlungen der streikenden Landarbeiter werden fast regelmäßig von der Schupo überwacht. Letztere tritt dabei sehr provozierend auf. Daß sie es auf ein großes Blutbad angelegt haben, beweist die Tatsache, daß die Schupoleute zu den Versammlungen nicht nur mit Karabinern und Pistolen anrücken, sondern auch mit Maschinengewehren und Handgranaten. All dies wird durchgeführt unter der Leitung des sozialdemokratischen Landrats Kahl. Er läßt auch Verhaftungen von Arbeitern vornehmen. Gleichzeitig duldet er, daß faszistische Stoßtrupps von 20 bis 30 Mann bewaffnet im Streikgebiet herumstreifen. Der Faszistensumpf in Ostpreußen unter Duldung sozialdemokratischer Landräte ist heute fast noch stinkender als der in Mecklenburg, wo der sozialdemokratische Ministerpräsident Stalling präsidiert.

Wenn das Zentralorgan der VSPD. erklärt, die Arbeiterschaft müsse ungesäumt den Abwehrschutz gegen die faszistischen Mordbanditen organisieren, dann muß aber zuerst Schluß gemacht werden mit der Unterstützung der Faszisten durch sozialdemokratische Regierungsexecutive.

## DLV.-Mitglieder zur Generalversammlung

In einer Landarbeiter-Kreisversammlung des DLV. der Kreise Teltow und Blankenfelde (Gau Brandenburg) wurden zur bevorstehenden Generalversammlung des DLV. eine Reihe Anträge angenommen, in denen gefordert wird:

1. Abhaltung von Kursen zur Durchbildung von Funktionären.
2. In Zukunft sollen einheitliche Tarife über ganze Gaue abgeschlossen werden, die vom 1. April bis 31. März des nächsten Jahres gehen. Der Barlohntarif muß mit wöchentlicher Kündigung festgelegt werden.
3. Der Tarif ist vor Unterzeichnung den Ortsgruppen zur Stellungnahme, dann den Kreisversammlungen vorzulegen.
4. Ueber Streiks entscheiden die Kreis- und Gaukonferenzen.

Die Forderungen der DLV.-Mitglieder zeigen, daß die Landarbeiterschaft in der Diktatur der Bürokratie des DLV. den Krebsschaden an der Landarbeiterbewegung erkennen und gewillt sind, sich ein Mitbestimmungsrecht zu erzwingen.

In einem weiteren Antrag wurde der Vorstand des DLV. aufgefordert, sofort eine Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 200000 Mk. zu beantragen. Sollt der DLV. oder die Unternehmerschaft ablehnen dieser Forderung nachzukommen, so ist der von der Versammlung gewählte Führerausschuß beauftragt, die Funktionäre sofort zusammenzurufen, um über weitere Schritte und Wege zu beraten. Mit einem Hoch auf die Oppositionen im DLV. wurde die Versammlung geschlossen.

## Einheitsfront der Arbeiter und schaffenden Bauern

Das Organ des „Bundes schaffender Landwirte" veröffentlichte einen Brief einer Bezirksgeneralversammlung des Bundes an den Parteivorstand der SPD. Darin befinden sich folgende bezeichnende Stellen:

„Die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse macht es notwendig, daß in weitgehenderem Maße als bislang durch das Reichs-Siedlungs-Gesetz Land für Neusiedler und bäuerliche Siedlungsanwärter zur Verfügung gestellt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230629-14/fragment/page=0007

# Kämpfende Jugend

## In der Großstadt

Arbeiterkinder schleichen die Straße hinab,
Ihre Kleider sind zerlumpt und hängen herab.
An den Schaufenstern bleiben sie stehn,
Denn dort gibt es viel zu sehn.
Sehnsüchtig schauen sie die Lebensmittel an,
Sie haben Hunger, man sieht's ihnen an.
Die Kinder in den Arbeiterwohnungen schreien nach Brot,
Denn dort herrscht große Not.
Die Reichen dagegen, kennen nicht die Not der Armen,
Denn sie haben kein Erbarmen.

Erna Loth, Pieskeritz (18 Jahre alt).

## Zur internationalen Kinderwoche

Wer hätte wohl mehr Interesse daran, als die proletarischen Eltern, die Kinder des Proletariats aus den Banden loszulösen, mit denen das kapitalistische System durch alle die Organe und Mittel, die es für die geistige und materielle Unterdrückung der breiten Massen bereit hat, Leib und Seele auch der Kinder umklammert.

Die proletarischen Kinder sind schon längst auf dem Wege, sich selbst zu helfen. Ueberall in Stadt und Land schließen sie sich in Gruppen zusammen — oft sind es erst nur wenige. Sie tauschen ihre Erlebnisse, die Freuden und Leiden ihres Proletarierdaseins in Haus und Schule oder gar schon beim Arbeitgeber und Ausbeuter ihrer Jugend ihrer schwachen Kräfte aus, sie versuchen, sich über die Ursachen ihrer Nöte klarzuwerden, darauf zu sinnen, wie sie sich gemeinsam dagegen wehren können. Die Größeren helfen den Kleineren, klären sie auf, sagen ihnen, was die Schule ihnen verschweigt und vorenthält. Gemeinsames Spiel, gemeinsame Wanderungen, gemeinsame Beschäftigung und auch gemeinsame Kampfdemonstrationen halten sie zusammen. Und gerade solche Kampferlebnisse, gemeinsame Aktionen binden besser als gemeinsames Spiel und in ihnen werden die Kinder selbständige kleine Menschen, die wissen, was ihnen fehlt und nottut und wie sie sich helfen können. Es ist klar, je mehr ihrer dabei sind, um so gedeihlicher werden ihre Aussprachen, um so wirksamer wird ihre Selbsthilfe und ihr Protest sein, in Fällen, wo es gilt, gegen die einem Genossen geschehene Unbill gemeinsam vorzugehen.

Wogegen haben denn die Kinder zu kämpfen? Gegen Hunger, Kälte und körperliche Verwahrlosung, die die Kinder bedrohen und schwächen, kämpft die Arbeiterschaft, kämpfen die Eltern. Aber das wird oft vergessen oder zu wenig berücksichtigt, daß Schule und Kirche, Machtinstitutionen des Ausbeuterstaats, die Kinder in ihren verknöchernden Bann halten und sie zu gefügigen Untertanen, billigen und willigen Ausbeutungsobjekten, guten Patrioten „erziehen". In den Volksschulen ist Religion Hauptsache, und der Prügel muß helfen, die Kinder zu dressieren. Die Gesangsstunde ist dazu da, patriotische Lieder zu üben, da klingt es noch immer: „Deutschland, Deutschland über alles", „Ich hatt' einen Kameraden" und als neuestes: „Stegreich woll'n wir Frankreich schlagen". Heimatkunde, Geschichte und der deutsche Unterricht vereinigen sich, um Verständnis für die immer noch „angestammten" Herrscher zu lehren, für historische „Stätten", „Denkmäler" und „Schlösser", das Lesebuch hilft dabei. Und damit auch während der Ferien für die nationalistische Verseuchung der Kinder gesorgt sei, verschickt die Ruhrhilfe sie aufs Land zu den reaktionären Bauern.

In diesem Augenblick, wo in der ganzen Welt die Bourgeoisie, die gesamte Reaktion sich in faszistischen Organisationen zusammenschließt, um dem wachsenden Ansturm der maßlos ausgebeuteten und hungernden Arbeiter zu begegnen, wo die Angst vor dem Gespenst der Revolution, das aus dem Osten droht, die Faszisten zu den blutigsten Gewalttaten gegen die Arbeiter treibt, werden auch alle Staatseinrichtungen, selbst da, wo die Staaten sich republikanisch nennen, von diesem faszistischen Prinzip aus gehandhabt, und mehr denn je müssen neben Justiz, Polizei und Militär auch Schule und Kirche sich zur Mithilfe bei faszistischen Aktionen und Kundgebungen hergeben. Das bedeutet eine verschärfte Gefahr auch für die Arbeiterkinder. Alle Arbeiterfrauen und Mütter müssen helfen, die Kinder des Proletariats diesen Einflüssen zu entziehen. Sie müssen die Kinder unterstützen durch ihre Mitarbeit in den Kindergruppen und den Elternbeiräten. Sie müssen sich mit ihnen zusammenschließen, müssen ihnen helfen, eine internationale Organisation aufzubauen.

Wie das Gesamtproletariat immer mehr erkennt, daß es international gegen den internationalen Faszismus in einer mächtigen Einheitsfront zusammenstehen muß, wenn es nicht unter seiner Knute verbluten will, müssen auch die Kindergruppen daran arbeiten, immer mehr Fühlung mit den ausländischen jungen Genossen zu bekommen.

Was ein solcher internationaler Zusammenschluß für die Kinder bedeutet, haben sie selbst schon erlebt in der großen internationalen Hilfsaktion des Proletariats für das hungernde Rußland, an der sie sich mit ganzem Herzen, mit allen ihren kindlichen Kräften und ihrem helfenden Eifer beteiligt haben durch ihre Sammlungen, ihre Arbeiten für die hungernden Kinder, durch Veranstaltungen und durch eine Korrespondenz mit den Kindern der russischen Heime, die immer mehr zu einem lebhaften Gedankenaustausch über ihr Leben, ihr Lernen, ihre Arbeit, ihr Spiel und ihren Kampf geworden ist, dem Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeuter, der in Sowjet-Rußland dem Leben der Kinder schon eine neue Wendung durch seinen segreichen Ausgang gegeben hat. Von diesem Kampf zu hören und zu wissen, ist für die Kinder der westlichen Länder bedeutungsvoll geworden, er hat ihnen das große Ziel so lebendig vor Augen gerückt, hat ihnen Mut zu ihren selbständigen Aktionen gegeben, zu ihrem Kampf im Kleinen mit ihren kindlichen Mitteln, der doch nicht zu unterschätzende Folgen für sie hat. Das Gefühl lebendiger internationaler Solidarität ist auch in den Kindern durch diese erste internationale Aktion, die sich in der Hungerhilfe ausgewirkt hat, geweckt worden.

In einzelnen Fällen haben die Kindergruppen auch der westlichen Länder ihren Kampf gegen die Schulreaktion erfolgreich geführt mit Protestaktionen gegen prügelnde Lehrer und andere Mißstände in den Schulen und mit Flugblättern gegen die Prügelstrafe, gegen die nationalistische Verhetzung und mit einer allgemeinen Schulkampfwoche. Alle Erfahrungen, die in solchen Aktionen gewonnen werden, müssen international ausgetauscht und schließlich international durchgeführt werden. Immer mehr muß das Interesse und das Gefühl auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes hingelenkt und gefördert werden. Es ist die Sache der Frauen und Mütter, ihre Kinder in diesem Sinne zu beeinflussen. Und nicht nur das. Sie müssen selbst aktiv werden. Keine Mutter darf den Elternbeiräten fern bleiben und auch in den Kindergruppen selbst müssen die Mütter den Kindern helfen, die reaktionäre Lehrerschaft zu bedrängen, alle Elterngenossen aufzurufen, Indifferente zu beeinflussen. Möglichst viele Kinder müssen herangezogen werden, damit sie im Geiste des revolutionären Proletariats beeinflußt werden können.

**Dritte**
**Internationale Arbeiter-Kinder-Woche**
**vom 24. Juni bis 1. Juli 1923.**
Veranstaltet von der
**Jugendinternationale**

## Für was man Proletarierkinder verwendet

In den warmen Tagen sieht man Scharen von Kindern hinausziehen auf die Felder, um schon in ihrer frühen Kindheit zu versuchen, zum Lebensunterhalt der Proletarierfamilie beizutragen. Schaut man sich diese aufs Land ziehenden Kinder näher an, dann sehen wir, daß es nur verkümmerte Proletarierkinder sind, die den Großagrarier ihre junge Kraft opfern. Hierbei kann man wieder klar erkennen, wessen Machtinstrument die Schule ist. Durch den Lehrer werden die Kinder aufgefordert, die schwere Arbeit des Rübenverziehens zu leisten, ja man bewilligt ohne weiteres den Kindern, während dieser Tage der Schule fernzubleiben. Da kann man verstehen, daß die Kinder sich mit Freuden dazu hergeben, sind sie doch froh, einmal für ein paar Tage dem Joche der Schule zu entrinnen, um durch einen kärglichen Verdienst die Lebenshaltung daheim etwas verbessern zu können. Den jungen Menschenkindern fehlt noch die Fähigkeit, um zu erkennen, daß es nur der gierige Eigennutz der Großagrarier ist, durch billige Kinderarbeit die Arbeit Erwachener zu sparen und die Löhne der Landarbeiter zu drücken, denen durch die Befreiung von der Schule gedient wird. Da ist es Aufgabe der Eltern, ihren Kindern klarzulegen, daß sie sich an dieser Landarbeit nicht beteiligen dürfen, aus Pflichtbewußtsein Proletarierkinder zu sein. Die Eltern selbst dürfen sich nicht von dem Standpunkt leiten lassen, durch die Arbeit ihrer Kinder etwas besser leben zu können. Denn wenn man sich den Verdienst der rübenziehenden Kinder ansieht, dann erkennt man den Skandal. Noch nicht einmal den dritten Teil dessen, was ein jugendlicher Landarbeiter verdient, zahlt man den Kindern, die doch die gleiche Arbeit verrichten müssen. Die Großbauern, deren Wucherei und Profitsucht keine Grenzen kennt, drücken also mit der Kinderarbeit nur die Landarbeiterlöhne, die an sich schon erbärmlich genug sind.

Zu Streikbrecherdiensten werden die Kinder auf dem Lande sogar verwendet. Das klingt unglaublich, aber es ist so. Beim Streik der städtischen Landarbeiter Halles konnten wir feststellen, daß die Kinder zu Streikbrecherarbeiten benutzt wurden. Das tat man nicht allein in Halle, sondern sicherlich auch überall dort, wo in den letzten Wochen die Landarbeiter einen erbitterten Kampf um die Erhöhung ihrer Hungerlöhne mit den agrarischen Blutsaugern zu führen hatten. Die Proletariereltern mögen daraus erkennen, daß Kinderarbeit für die Großagrarier nur zum Schaden ihrer selbst und ihrer Klassengenossen ist. Sie dürfen unter keinen Umständen dulden, daß in der Schule der proletarische Klassengeist unterdrückt und die Kinder zu Lohndrückern und Streikbrechern erzogen werden. Wir brauchen freie Menschen, die einen freien Willen haben, mit scharfen Augen ihre Klassenlage erkennen und durch einen geschulten Geist ihre Aufgaben erkennen. Da unser heutiges Schulsystem unseren Kindern das nicht bietet, müssen wir den schärfsten Kampf gegen dieses System führen. Aufgabe der Eltern ist, ihre Kinder, die schon diesen Kampf aufgenommen haben, nach Kräften zu unterstützen. Sie müssen versuchen, ihrem Nachwuchs ihre proletarische Klassenlage noch klarer zu machen an Hand des täglichen Erlebens.

Leider sind nicht alle Proletariereltern in der Lage, ihren Kindern diese Aufklärung zu geben. Deshalb sollte Pflicht aller Eltern sein, ihre Kinder in die kommunistischen Kindergruppen zu schicken. Darüber hinaus müssen wir noch mehr als bisher für die Kindergruppen werben und die Kindergruppenarbeit in jeder Beziehung unterstützen.

### Die Kampfslosungen der internationalen Kinderwoche:

**Fort mit der Kinderarbeit.**

**Gegen die arbeiterfeindliche Erziehung und Beeinflussung der Arbeiterkinder durch Schule und Kirche.**

**Nieder mit der Prügelstrafe.**

**Für die kommunistischen Kindergruppen. Für den gemeinsamen Kampf mit den Eltern und Geschwistern.**

## Wie man den Einfluß unserer Kindergruppen fürchtet

Die Kindergruppe Halle hat beim Ortsausschuß für Jugendpflege den Antrag gestellt, ein Schulzimmer oder einen Raum zur Verfügung gestellt zu bekommen, um dort ihre Veranstaltungen abzuhalten. Wir sind einmal nicht in der Lage, uns ein Heim zu mieten. Zum anderen sahen wir aber ein, daß es eine Unmöglichkeit ist, in Gastwirtschaften unsere Zusammenkünfte abzuhalten. Da wir eine Bewegung sind, die Jugendpflege betreibt, denn wir versuchen doch die Kinder von den Einflüssen der Straße fortzunehmen, indem wir ihnen nur das bieten, was den Kindern dient und sie geistig schult, nahmen wir an, daß wir von dem Ortsausschuß ohne weiteres ein Zimmer oder Schulräume zur Verfügung gestellt bekämen. Zudem haben doch auch unsere Kindervereine zu ähnlichen Zwecken Lokale von der Stadt bekommen. Wir hatten jedoch falsch gerechnet. Wir hatten vergessen, daß man Kommunistenkinder bekämpft, daß man sie in ihrem weiteren Fortkommen möglichst unterdrückt. Der Magistrat teilte uns mit, daß wir ein parteipolitischer Verein seien und daß eine Verfügung vom Herrn Regierungspräsidenten herausgekommen sei, daß solche nicht innerhalb der Schulräume zusammenkommen dürfen. Warum gibt uns dann der Magistrat nicht ein anderes Zimmer? Es sind doch solche allen anderen Bewegungen zur Verfügung gestellt worden. Warum fürchtet man die Aufklärung, die wir unseren Kindern zuteil werden lassen? Nennt man das parteipolitische Beeinflussung, wenn man den Kindern sagt, daß sie Proletarierkinder sind und mit den Kindern der besitzenden Klasse nichts gemein haben? Nun wissen wir, warum der Magistrat uns die Räume verweigert, die er anderen ohne weiteres gewährt. Die bürgerlichen Herren vom hohen Magistrat wissen ganz genau, daß, wenn wir erst große, helle Räume zur Verfügung haben, daß dann die kommunistische Kindergruppenbewegung noch mehr wächst, immer bessere Arbeit leisten kann. Bis jetzt fehlen uns noch die nötigen Mittel, um großzügige Erziehungsarbeit zu leisten. Die bourgeoisen Herrschaften vom Magistrat glauben, unsere Bewegung hindern zu können, wenn sie uns all das verweigern, was unsere Arbeit erleichtern könnte. Sie sollen sich täuschen! Wir werden mit verdoppeltem Eifer in das heutige kapitalistische Schulsystem hineinleuchten. Wir wissen, daß man, wenn es nach den Wünschen reaktionärer Lehrer ginge, die kommunistischen Kindergruppen einfach beseitigte. Doch mag man kommen. Es soll uns freuen, wenn man uns angreift, wissen wir doch ganz genau, daß uns das mehr hilft als unsere „Beeinflussung", denn in dem Kampf, den unsere Kindergruppen zu führen haben, lernen die Kinder mehr als durch alles andere begreifen, wie faul die heutige Gesellschaftsordnung ist. Auch aus der Verweigerung eines Aufenthaltslokals in der Schule lernen die kleinen Kämpfer, daß sie eine Kluft scheidet von den bürgerlichen Klassen, daß sie im kapitalistischen Staat sich ihr Recht erkämpfen müssen. Wir werden auch ohne Schulräume der Staat nicht untergehen, sondern erstarken. Wir rufen unseren Gegnern zu: „Ihr tötet nicht den Geist!"

## Straßen am Mittag

Mittags ist's. Die Pfeiffen gellen. Hier und da öffnet sich ein Tor.

Jetzt kommen die Arbeiter in ganzen Scharen. Es sind Männer, Frauen und Jugendliche. Einige haben noch die Arbeitskleidung an, auch haben sie schmutzige Hände. Andere haben sich gewaschen und eine andere Schürze oder Jacke übergeworfen. Die Arbeiter kommen auch in Gruppen, denn sie haben denselben Weg. Sie unterhalten sich über Politik, über das, was heute in der Fabrik geschehen ist. Manche tragen auch eine Flasche am Arm, andere haben Schäfte im Arm, wieder andere eine Kaffeeflasche. Die jungen Burschen haben eine Zigarette im Mund. Alles hastet und jagt, denn die Mittagspause ist sehr kurz. Es sind auch bleiche, kranke, elende, abgezehrte Gestalten darunter, denn die Fabrikluft ist sehr ungesund. Auch haben sie Kummer und Sorgen über die heutigen traurigen Verhältnisse.

Dazwischen sieht man auch Bessergekleidete kommen, es sind Verkäuferinnen, Lehrer, Kontoristinnen und Meister.

Auch die Schulen sind aus. Die Schulkinder drängen sich zwischen den Arbeitern hindurch.

Alles ist hungrig und eilt nach Hause. Manche finden einen reichgedeckten Tisch und eine warme Stube. Bei anderen ist Schmalhans Küchenmeister und oft stehen sie hungrig vom Tische auf. In manchen Fabriken herrscht durchgehende Arbeitszeit und die Frauen und Kinder bringen den Arbeitenden Mittagbrot, andere müssen sich mit einem Stück Brot begnügen.

Bald ist die Mittagspause vorüber und alles eilt wieder zur Arbeitsstätte. Dann sind die Straßen wieder leer und die Fabriktore schließen sich.

Wir kennen einen schönen Spruch, dieser heißt: „Weißenfels am Saalestrand ist als Schusterstadt bekannt."

Anni Z., Weißenfels a. d. S. (13 Jahre alt).

## Klassengerichte beim Aburteilen von Hakenkreuzlern

Daß Gemeinheit und Niedertracht bei den Hakenkreuzjünglingen Trumpf ist, weiß heute jeder und daß amtliche Stellen und Gerichte ihnen noch Vorschub leisten, erleben wir tagtäglich. Ein Musterbeispiel dafür war ein Vorfall, der kürzlich in Berlin zur Verhandlung kam. Angeklagt waren sieben Mitglieder des deutschvölkischen Jugendbundes „Bismarck", Wilmersdorier Ortsgruppe Rupprecht von Bayern, weil sie auf Verabredung nach ihrem Vereinsabend jedem der ihnen auf der Straße begegnete, in der unflätigsten Art und Weise angriffen, unter Rufen wie: „Haut die Judensau!" „Schießt ihm eine blaue Bohne in den Hintern!" Mit Fahnenstangen, Dolch, Stöcken und Gummiknüppel wurden nacheinander sechs harmlose Passanten, darunter drei Frauen, verprügelt von diesen „teutschen Helden", die wie gemeine Straßenräuber auftraten. Einer der Mißhandelten mußte sofort ins Krankenhaus, eine Frau erlitt einen schweren Nervenschock. Selbst der Staatsanwalt bezeichnete die Tat als roh und gemein und doch wurde die ursprüngliche Anklage auf Landfriedensbruch in Körperverletzung umgehogen. Das Urteil lautete auf 2—9 Monate Gefängnis. Zwei dieser Bestien wurden ganz freigesprochen.

Damit aber noch genug! Den fünf Verurteilten wurde gegen die Zahlung von 50—100 000 Mark eine Bewährungsfrist von drei Jahren zugebilligt. Das heißt mit anderen Worten: Mit einem Trinkgeld können sich deutschnationale Kreise einen Freibrief für roheste Mißhandlungen erwerben. Individuen, deren Freilassung für die große Bevölkerung eine Lebensgefahr darstellt, werden von bürgerlichen Gerichten freigelassen, weil ein bürgerlicher Richter nie Fleisch und Blut seiner eigenen Klasse verurteilen wird.

Anders liegt die Sache natürlich, wenn proletarische Jugendliche vor den Schranken des Gerichts stehen. Dort zetert man dann über kommunistische Jugendverhetzung und verhängt Strafen, die geradezu ungeheuerlich sind. Stellt man die Urteile, die die bürgerlichen Gerichte gegen Faszisten und Kommunisten sprechen, einander gegenüber, dann tritt die Klassenjustiz in ihrer ganzen Brutalität in Erscheinung. Wer macht ihr ein Ende?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230629-14/fragment/page=0008